Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Januar/Februar 2017 *67. Jahrgang, Nr. 771/72*

Hundert Jahre – nichts ist vergessen

Joachim Fiedler, Mitanführer des Juni-Aufstandes von 1953 erlebt einen großartigen Ehrentag in Ludwigshafen

Ein großer Tag, nicht nur für den Jubilar selbst, sondern für die gesamte VOS: Unser Kamerad Joachim Fiedler beging am 20. Januar seinen 100. Geburtstag. Die Glückwünsche, die der geistig immer noch rege frühere Streikführer beim Juni-Aufstand 1953 an seinem Ehrentag erhielt, waren zahlreich und vielfältig, von spürbarer Herzlichkeit und von großer Anerkennung für die Lebensleistung des Hundertjährigen geprägt.

Wie in der Fg schon oft berichtet, stand Joachim Fiedler in der heißen Phase des 1953er Juni-Aufstandes an der Spitze der demonstrierenden Betriebsbelegschaft der Merseburger Leuna-Werke. Mehr als 100.000 Beschäftigte, aber auch andere Bürger, hatten ihn zu ihrem Sprecher gewählt. „Dabei ging es den Menschen damals weniger um eine Regulierung von Normen und Löhnen als vielmehr um die Wiedererlangung der deutschen Einheit." Dass es nicht zur angestrebten Wiedervereinigung kam und es insgesamt keiner Besserung der politischen Verhältnisse gab, war den sowjetischen Besatzern zu „verdanken". Ihre Panzer und die klaren Befehle und Instruktionen an die Ost-Berliner SED-Marionetten sorgten für die Zementierung der sozialistischen Bedingungen auf weitere 36 Jahre. Jene, die den Aufstand angeführt hatten und die aufgebrachten Demonstranten öffentlich vertraten, mussten am Ende des Aufstandes zusehen, dass sie sich möglichst schnell in Sicherheit brachten, ansonsten hatten sie die bitteren Konsequenzen zu tragen, und diese drückten sich in hohen Haftstrafen aus.

Joachim Fiedler gehörte zu jenen, die nicht in den Westen fliehen konnten, er büßte seinen Einsatz für Freiheit, Einheit und Demokratie mit einer Haftstrafe von drei Jahren, die er bis 1956 absitzen musste. Für Joachim Fiedler war dies nicht die erste Erfahrung in Gefangenschaft. Bereits nach dem Krieg hatte ihn die US-Army „einkassiert". Da man keine Nazi- Belastung bei ihm feststellte, wurde der gelernte Elektriker jedoch schnell auf freien Fuß gesetzt und kehrte nach Merseburg zurück, wo er früher schon bei der BASF gearbeitet hatte. Hier fiel er den Sowjets in die Hände und wurde nun bei ihnen in Gefangenschaft gesteckt.

Nach der Entlassung aus der DDR-Haft verließ Joachim Fiedler, der im Jahr 1917 in Artern an der Unstrut geboren wurde, den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, indem er und seine Familie von einem Urlaub in der Bundesrepublik nicht mehr in den Arbeiter- und Bauernstaat zurückkehrten. So wie viele andere Flüchtlinge meldete er sich im Übergangslager an, wo er drei Wochen bei nicht gerade erbaulichen Bedingungen zubrachte. Joachim Fiedlers neuer Lebensmittelpunkt wurde die Stadt Ludwigshafen, wo er wiederum bei dem Großunternehmen BASF arbeitete und wo er jetzt mit seiner zweiten Ehefrau in einer Senioren-Residenz lebt. Die VOS, der er nun schon seit Jahrzehnten angehört, ist ihm Heimat und Ruhepol zugleich. Seine politischen Ambitionen, auf die er keineswegs verzichten möchte, finden hier Gehör und Unterstützung. So erinnern wir uns an seine Anfragen an Bundespräsident und Kanzlerin, in denen er sich für die Interessen der SED-Opfer einsetzte. Dass er in den Instanzen beider Ämter schmählich von Mitarbeitern übergangen oder hochnäsig abgewimmelt wurde, wäre sicherlich nicht aufgefallen, hätte dies die Fg nicht deutlich genug dargestellt. Offenbar, so die Erkenntnis, kann man die von Haft und Verfolgung Betroffenen der Zeit des Sozialismus doch nicht ohne weiteres übergehen, wenn sich einer vorwagt und dabei alle zusammenstehen. Joachim Fiedler hat somit auch im hohen Alter ansprechende Führungsqualitäten bewiesen, und er ist dabei erneut zum Vorbild und zum Antreiber für uns „Jüngere", die wir freilich auch fast alle im Rentenalter sind, bewiesen. Mit unseren Glückwünschen, die hiermit im Namen des gesamten Verbandes übermittelt sein sollen, verbinden wir Dank und Respekt und die Hoffnung auf weitere aktive Jahre in unseren Reihen. *ARK*

Foto: Fg-Archiv

Auch wenn dieses Jahr bereits ein gutes Stück vorangekommen ist, möchte ich alle Kameradinnen und Kameraden sowie die Leserinnen und Leser unseres Zwei-Monate-Blattes in 2017 herzlich willkommen heißen. Wir befinden uns in einem Jahr, in dem Ereignisse und Entscheidungen bevorstehen, die keine unbeträchtliche Tragweite mit sich bringen. Das betrifft sowohl die VOS wie auch die politische Situation in Deutschland, Europa und auf dem gesamten Erdball. Vieles, was auf uns zukommt, befindet sich derzeit in der Grauzone. Damit meine ich allerdings nicht die VOS. Unser Verband steht – aufgrund der neuen Satzung nun erstmals nach einem Zeitraum von drei Jahren – vor der nächsten Generalversammlung und damit verbunden vor der Neuwahl des Bundesvorstandes. In diesem Zusammenhang wird auch darüber zu reden sein, wie wir uns finanziell weiterhin aufstellen werden und ob es uns gelingt, den inzwischen erreichten Stand an Mitgliedern zu halten.

Über die Mitgliederzahl habe ich mich in der Fg nicht nur einmal und nicht erst kürzlich geäußert. Wir haben derzeit einen „Bestand“ an 1.174 Kameradinnen und Kameraden. Das ist im Vergleich zu den frühen Jahren wenig, denn der einstige Durchschnitt betrug das Dreifache. Dennoch ist dies für einen Verband, der politisch und geschichtlich wie auch sozial erklärterweise aktiv ist, noch immer eine Zahl, um die uns andere Vereine beneiden dürften. Auf einer solchen Basis sind wir – auch wenn es für den Bundesverband keine Förderungen mehr gibt – aus eigener Kraft finanziell sicher.

Nicht ganz klar ist zwei Monate vor der Generalversammlung hingegen, wie wir es mit dem Bundesvorstand halten werden. Ein neuer Kandidat steht bereit, das ist bekannt. Er hat für diese Ausgabe ein Porträt von sich gezeichnet, das recht verheißungsvoll aussieht. Er wirkt schwungvoll und dynamisch, er ist jung. Ob es weitere, möglicherweise kurz entschlossene Kandidaten gibt, werden wir sehen. Die Zeiten, in denen mehrere Kameraden gegeneinander antraten, sind offenbar vorbei. Soweit zur VOS und zur bevorstehenden Generalversammlung. In der politischen Situation möchte ich mich hinsichtlich einer eindeutigen Prognose nicht festlegen. Zu vieles befindet sich im Umbruch. Mit der Wahl von Donald Trump zum neuen US- Präsidenten sind Fragen entstanden, die so schnell nicht beantwortet werden können.

Auf ein Wort des Redakteurs

Dazu gehören weniger die wirtschaftlichen als vielmehr die politischen und militärischen Aspekte. Wir Bürger in Deutschland haben uns traditionell auf den Schutz und die Solidarität der USA im Rahmen des Nato-Bündnisses verlassen. Mit der Zugehörigkeit zu diesem Verteidigungspakt verband sich seit eh die Garantie für die Sicherheit unseres Landes und für die Freiheit Europas. Nach Trumps unklaren Ankündigungen aus dem Wahlkampf könnte die hierbei empfundene Selbstverständlichkeit ihre Gültigkeit verlieren. Man sollte daher weniger darüber spekulieren, ob der Mann die Einschrumpfung der Nato ernst meint, sondern stattdessen selbst etwas mehr für die eigene Sicherheit tun. Es ist kein Geheimnis, dass die Bundeswehr keine sonderlich schlagkräftige Armee ist. Ob sie allein auf sich gestellt einen Angriff der Ex-Sowjets abwehren könnte, muss nicht diskutiert werden. Wer die ständig stattfindenden Militärparaden in Moskau sieht, der weiß, dass die Bundeswehr gegen ein solches Militärpotenzial machtlos wäre. Die Aufmärsche mit Soldaten- und Offizierskolonnen sowie mit Panzern und Raketen erinnern auffällig an jene Epoche, in der man Afghanistan überfallen hat und halb Europa besetzt hielt. Die Bundesregierung täte demnach gut daran, den hohen Steuerüberschuss aus 2016 nicht nur zur Schuldentilgung, sondern auch für eine bessere Ausstattung der Armee zu verwenden.

Die gesamte Welt dürfte inzwischen wissen, dass mit Russlands Präsident Putin nicht zu spaßen ist. Russland ist politisch und wirtschaftlich weit davon entfernt, eine Großmacht zu sein, aber es ist ein Militärstaat, und seine Staatsform nähert sich weiter einer Diktatur. Und wenn ich vor einigen Jahren in der Fg geschrieben habe, Wladimir Putin, dem diese Entwicklung zuzuschreiben ist, hat einen Stein in der Brust, so kann ich inzwischen ergänzen, er hat auch einen Stein im Kopf, und er redet mit gespaltener Zunge. Wir, die wir die Lüge von der Ehrlichkeit und Friedfertigkeit der Moskauer Partei-Elite durch bittere Erfahrungen kennengelernt haben, wissen, wie wenig man den Sowjets und ihren Erben trauen kann. Immer wieder hat Moskau die Panzer rollen lassen. Im Juni 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in Prag. Zuletzt ließen russische Militär-Jets ihre Bomben gnadenlos auf Syrien regnen, über die Einmischungen in der Ukraine wird fast nicht mehr geredet. Putins Expansionshunger ist damit ganz bestimmt nicht getilgt. Man sollte nicht davon ausgehen, dass Russland die ehemaligen baltischen Sowjet-Republiken und die früheren Satellitenstaaten auf immer unangetastet lassen wird. Die Wut und der Schmerz über die freiwillige Preisgabe der einstigen Kolonien DDR, CSSR oder Ungarn in der Gorbatschow-Ära sitzen tief.

Wenn wir heute in die Türkei schauen, so drängt sich unwillkürlich der Vergleich zwischen Stalin und Erdogan auf. Unschuldige Menschen verschwinden in Haftanstalten, weil sie dem Diktator gefährlich werden könnten. Der Weg zu Erschießungen ist dann nicht weit. Wir wissen es aus der Stalin-Ära.

Unsere Politik hat sich mittlerweile einem umständlichen Kampf gegen die islamistische Gewalt verschrieben. Über die gerade hinter uns liegende Schreckensdiktatur der Kommunisten und Sozialisten wird zu wenig geredet. Es ist wichtig, dass wir als Opfer und Widerständler dieser Diktatur die noch vorhandenen Möglichkeiten nutzen, um – gemeinsam oder einzeln – unsere Stimme zu erheben und uns mehr einmischen.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter

In dieser Ausgabe - Themen, Hinweise, Daten

Titelseite
Vom Streikführer zum Häftling.
Vom Flüchtling zum VOS-Monument
Joachim Fiedler hat die Hundert vollendet und ist geistig weiterhin frisch

***Redaktionsthema*:**
Über die Aufgaben und Ereignisse, die in diesem Jahr vor uns liegen
Die Generalversammlung, der Bundestag 2

Das ist für Schüler, aber auch für Lehrkräfte neues Wissen
Zwei VOS-Mitglieder fesseln Jugendliche und Lehrerinnen mit ihren Berichten über die Verfolgung durch die Stasi. 4

Wenn sich die Studierenden mit den Schicksalen der Kommunismus-Opfer befassen, wird es spannend
Ein Zeitzeugen-Seminar an der Uni Bochum führt zu wesentlichen Aspekten 5 - 6

Auch der letzte Todesschuss war sinnlos
Der Tod des Chris Gueffroy im Februar 1989 6

Die Hoffnungen sind (wie immer!) groß
- Der Kandidat für den VOS-Bundesvorsitz stellt sich vor
- Was erwarten wir von der Generalversammlung? 7

DAS HAFT- UND DEPORTIERUNGSSCHICKSAL
Zwischen Entlausung, Seuchen und Durst und Erfrierungen
Die heutigen Tragödien auf dem Mittelmeer fanden – keineswegs harmloser – vor siebzig Jahren auf dem Weg nach Sibirien statt 8 - 9

Diese Erinnerung möchten viele verschweigen. Warum wohl?
Oskar Brüsewitz bleibt in den Neuen Bundesländern für viele ein rotes Tuch 10

Martin Schulz – ein neues Gesicht der SPD, aber keine neuen Inhalte
Der Kurzkommentar 10

Ignoranz oder Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern
Die Stadtoberen in Neubrandenburg hüllen sich weiter in Schweigen 11

Sein Tod schmerzt uns besonders
Ein Nachruf auf Hans Joachim Grasemann 11

LEBENSWEGE: ENDE UND ANFANG
Den Schriftsteller Loest gesucht und der Stasi unbedarft in die Arme gelaufen
Jörg Bilke kann auf erstaunlich (unerfreuliche) Ereignisse in seinem Leben zurückblicken 12 - 13

Erinnerungen an einen außergewöhnlicher Lebenslauf
Xing-hu- Kuo – Förderverein Hohenschönhausen möchte eine Gedenkfeier ausrichten 14

Wie könnte man der VOS einen Platz in den Listen der UNESCO sichern?
Ein Gedanke, ein Brief 14

Wir werden hier nicht locker lassen
Peter Heubachs weitere Bemühungen um eine Stellungnahme der Stadt Neubrandenburg 15

Was steckt hinter diesen „Bestenlisten“?
Doping damals, Doping heute – wer kümmert sich um die Opfer? 15

Mutig, agil und hilfsbereit
Rolf Wiese ist unverwüstlich 15

ZUR POLITISCHEN LAGE IM LANDE
Die SPD trotz (oder wegen) Martin Schulz in der Krise
Betrachtung eines DDR-Opfers 16 - 17

Eine gewisse Angst vor Martin Schulz
Was passiert im Land, wenn er Kanzler wird? 17

Eine wichtige Stimme weniger in der CDU?
Zum Austritt von Erika Steinbach 18

Allmählich ist die Bedeutung verblasst
Deutschlands Bund der Vertriebenen 18

Allmählich ist die Bedeutung verblasst
Deutschlands Bund der Vertriebenen 18

Todesmeldungen, Nachrufe 11, 14, 19
Impressum / Aufruf, 20

Spender für die VOS

Hartmut Trapp, Wiegand Dannemann, Ulrich Seidel, Dorothea Harder, Rudolf Keick, Irma Sann, Gerhard Janson, Sabine Steckroth, Kurt Schlepps, Siegfried Göthel, Gerda Kubiaczyk, Gotthilf Sternberg, Liesel Albina Mayer, Egon und Friderun Seel, Dr. Bernd Palm, Dr. Peter Klopf, Erich Marzahn, Detlef Watzlaweck, Hubert Werner, Heinz Streblow, Hede Ehrlich, Lutz Görs, Hartmut Reich, Günter Steinrücken, Johannes Wagner, Joachim Garzke, Heinz Noack, Gisela Wollscheit, Dr. Gernot Hundsdörfer, Kurt Selch, Roland Ermer, Gotthard Rammer, Peter Ruck, Heinz Holtschke, Reinhard Maier, Hans-Jürgen Brodersen, Eckhard Mensebach, Michael Krug, Horst Lindemuth, Dr. Hans Georg Steinhagen, Roland Steinbach, Eckhard Weiner, Heinz Jürgen Müller, Barbara Große, Horst Wagner. Hans-Dieter Barthel, Sven Rühlmann, Bernd Westphal, Ingeborg Gericke, Gerhard Bartels, Siegfried Freitag, Karl-Heinz Ossenkop, Gerd Ahnert, Martin Pescheck, Friedrich Radochla, Manfred Schultz, Gerhard Heiland, Helge Olvermann, Gabriele und Udo Heideklang, Renate und Rolf Persich, Gisela Härtel, Gerhard Bock, Martina und Uwe Rutkowski, Dr. Eberhard Kempf, Joachim Liebmann, Barbara und Harald Beständig, Friedrich-Wilhelm Sperling, Ingrid Schmidt (Marl), Roland Fiedler, Kurt Dietz, Jörg Petzold, Wilma Möller, Henry Sobora, Helmut Klötzner, Waltraud Ewert, Norbert, Czenczek, Peter Schneeweiß, Wolfgang Altmann, Horst Kreeter, Anneliese Nattke, Horst Menzel, Hans-Jürgen Mewes, Günther Müller, Wolf-Peter Rubner, Dieter Müller, Wilmar Leistner, Manfred Schulz, Dieter Bachmann, Lydia Kuhnke, Fredi Wietzoreck, Klaus Muder, Helmut Günther, Klaus Poch, Emil Redlich, Ingrid und Michael Faber, Klaus Feibig, Horst Wagner, Oswald Gürtler, Joachim Hänel, Christa und Bernd Pieper, Karl-Heinz Ruhnau, Horst Schönberg, Rolf Göbel, Hans-Dietrich Kieckbusch, Hans Stein, Bernd Schnabelrauch, Fritz Jury, Gunter Schramm, Jakob Bittermann, Jürgen Fuhrmann, Horst Ahrens, Heinrich Werner, Rudi Richter, Fritz Hofmann, Bernhard Buhr, Ehrhard Göhl, Erwin Kujadt, Günter Scharf, Sylvester Seraczek, Werner Kosel, Dr. Peter Klopf, Erna und Joachim Fiedler, Manfred Barth, Heinz Streblow, Josef Sigl

Danke an alle!

Respekt und Hochachtung!

Eine Grußadresse der VOS an unseren Hundertjährigen

Lieber Kamerad Joachim Fiedler,
es ist uns eine ganz besondere Ehre, Dir zu Deinem 100. Geburtstag zu gratulieren. Seit dem 18. Oktober 1956 bist Du Mitglied unseres Verbandes und könntest bestimmt ein Buch schreiben. Du hast die Geschichte der VOS aktiv mitgeprägt, dafür unseren Dank.

Mit Deiner Erfahrung vom Leid durch die kommunistische Gewaltherrschaft und der Weitergabe an die jüngere Generation, hast Du zur Stärkung unserer Demokratie beigetragen.

Lieber Joachim, Du hast beim Volksaufstand am 17. Juni 1953 Verantwortung übernommen und bist als einer der Streikführer der Leuna-Werke im Raum Merseburg/ Naumburg vorangegangen. Nach der Niederschlagung des Aufstandes bist Du für viele Jahre unschuldig in den Kerkern der Kommunisten gelandet.

Wir zollen Dir Hochachtung und Respekt und sind stolz, Dich in unseren Reihen zu haben.

Mögen wir noch viele Jahre verbunden bleiben. Wir wünschen Dir Gesundheit, Wohlergehen und stoßen Deinen Ehrentag an.

Der Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer, Redakteur

Hundert keine Seltenheit

Hundert Jahre zu werden oder ein ähnlich hohes Alter zu erreichen ist – wir haben es schon mehrfach in der Fg erwähnt – in den Reihen der VOS keine Seltenheit. Die 80- und 90-Jährigen sind bei uns zuverlässige Kräfte. Sie haben in der Jugend gelitten, und das hat sie (notgedrungen) gestärkt. Noch wichtiger ist ihre anhaltende geistige Frische, mit der sie sich immer wieder zu Wort melden. Danke daher an alle – weiter so! *BV/ Bgf/ Red.*

Von Wanzen, IMs und Durchsuchungen

Im Rahmen des NRW-VOS-Zeitzeugenprojekts gestalteten Peter Keup und Alexander Richter vier spammende Stunden

Die Stadt Rahden liegt im Landkreis Minden-Lübecke in der Nähe von Bielefeld. Sie hat etwa 15.000 Einwohner und empfängt den Besucher mit einem geordneten kleinstädtischen Charme. Es ist das, was man nach den Erfahrungen der Silvester-Ereignisse in Köln von 2015 ein bisschen als „heile Welt“ empfindet. Und doch weiß man angesichts der heutzutage digital bedingungslos vernetzten Welt, was sich in Deutschland, in Europa und auf dem Erdball zuträgt und zugetragen hat. Soll heißen, dass man sich auch hier mit der Geschichte der Teilung Deutschlands und der Diktatur der DDR auskennt. Dies fand seinen Ausdruck in einer Zeitzeugenveranstaltung in der Freiherr-vom-Stein-Realschule am 19. Januar, wo die VOS-Mitglieder Peter Keup und der Fg-Redakteur Alexander Richter im Rahmen des NRW-Zeitzeugenprojekts zu Vorträgen in einer neunten und zehnten Klasse in den Fächern Geschichte und Sozialwissenschaften eingeladen worden waren. Zustande gekommen war die Einladung auf privatem Wege, indem VOS- Vorstandsmitglied Christoph Becke zur Klassenlehrerin und zur Rektorin einen Kontakt herstellen konnte.

Doch trotz des guten Grundwissens und der soliden Vorbereitung in den Klassenverbänden konnten die Schülerinnen und Schüler wie auch die Lehrerinnen über das politische System der DDR noch viel bisher Unbekanntes erfahren, was nicht zuletzt auch an der Aufteilung der Vorträge und dem mit dem Ablauf der Veranstaltung immer stärkeren Interesse der Klassen lag. Zudem erwies sich die Auswahl der Zeitzeugen als sehr passend, und zwar was den Altersunterschied und die „Strafdelikte“ betraf. Peter Keup, der 1959 in der Bundesrepublik geboren wurde und der mit seinen Eltern als Kind in die DDR übersiedelte, wollte dann als Oberschüler per Ausreiseantrag mit seiner Mutter in die Bundesrepublik zurückkehren. Der Antrag wurde nicht genehmigt, worauf sich Peter Keup zur Flucht über die CSSR entschloss. Er wurde jedoch bereits an der DDR-Grenze abgefangen und musste drei Monate in die U-Haft, bevor er zu zehn Monaten Freiheitsentzug verurteilt wurde und später legal ausreisen durfte. Peter Keup absolviert inzwischen ein Geschichtsstudium und trägt aktiv zur Aufarbeitung bei.

Richter war 1983 nach elf Monaten U-Haft zu sechs Jahren wegen Staatsfeindlicher Hetze verurteilt worden, weil er ein Manuskript von ca. 1.400 Seiten in die Bundesrepublik geschafft hatte, um es dort zu veröffentlichen. Er hatte darin die DDR in allen Belangen „diskriminiert“ und „herabgewürdigt“.

Beide Ex-Häftlinge berichteten in einer ausgewogenen Tandemveranstaltung von den Gründen und Verläufen ihrer Schicksale. Bei Peter Keup war es insonderheit die IM-Tätigkeit des eigenen Bruders, der ihn intensiv überwachte, aber ihm dennoch zu helfen versuchte. Richter erfuhr aus den Akten von heimlichen Wohnungsdurchsuchungen und Abhörprotokollen, die aufgrund der verwanzten Wohnung erstellt worden waren und – im Zusammenleben mit seiner Freundin auf engstem Raum – auch vor Intimitäten nicht Halt machten.

Das Erstaunen und das Entsetzen waren in diesem Rahmen mehr als deutlich zu spüren. Die Vorstellung, von den eigenen Verwandten ausgeliefert zu werden oder jemand unerlaubt in seiner Wohnung zu wissen, verursachten sowohl den Jugendlichen wie den Lehrerinnen absolutes Unbehagen. Ganz zu schweigen von dem Abhören des Intimlebens, das bei den unbedarften Menschen des heutigen Rechtsstaates sicherlich auf Unglauben stoßen würde, lägen nicht die detaillierten Berichte dazu vor.

Erfreulich, dass zudem beide ortsansässigen Zeitungen ihre Redakteurinnen gesandt hatten. Dadurch konnte auch die Öffentlichkeit von dem äußerst gelungenen vierstündigen praxisnahen Geschichtsunterricht erfahren. Man darf hoffen, dass insgesamt in NRW weitere Einladungen folgen. Der Bedarf, dies konnte man in Rahden erleben, ist enorm.

Tom Haltern

Schicksale wie diese müssen uns in der Erinnerung bleiben!

Das NRW-Zeitzeugen-Projekt der VOS führt in einer außergewöhnlichen Veranstaltung ehemalige politische Häftlinge der DDR mit Studierenden der Uni Bochum zusammen

Mit einer äußerst spektakulären Veranstaltung wartete am 16. Dezember 2016 das Zeitzeugenprojekt NRW, das vor sieben Jahren durch den VOS-Kameraden Detlef von Dechend gemeinsam mit Herbert Kühn ins Leben gerufen wurde, auf. Unter dem Motto „Studierende treffen auf Zeitzeugen“ führten die wissenschaftlichen Mentoren des Projekts Dr. Frank Hoffmann und Silke Flegel gemeinsam mehrere Opfer des DDR- Regimes mit Studentinnen und Studenten der Uni Bochum, Fachrichtung Geschichte zusammen. Im Mittelpunkt standen dabei die Schicksale, die in den jeweiligen Fällen zur Haft geführt hatten. Beschrieben sind diese und die Schicksale weiterer in NRW lebender ehemaliger politischer Häftlinge in einer Sammlung von Zeitzeugen-Berichten unter dem Titel „Fluchtpunkt NRW“, die im vorigen Jahr in einer Schriftenreihe des Instituts für Deutschlandforschung (IDF) in Buchform veröffentlicht wurden. Herausgeber und Lektoren dieser Sammlung sind die vorgenannten an der Uni Bochum tätigen Betreuer. Je ein Bericht aus dem Buch wurde einer/ einem Studierenden zugeordnet. Die- oder derjenige sollten sich mit der Schilderung befassen und im Zeitzeugen-Seminar den Inhalt zusammengefasst wiedergeben und mit selbst erarbeiteten Fragen den Sachverhalt vertiefen.

Sicherlich sind Konstellationen dieser Art im Lehrbetrieb nicht ungewöhnlich. Dass sich jedoch Zeitzeugen bzw. die Autoren der Schicksalsberichte den Fragen der Studierenden gleich in größerer Anzahl direkt stellen, dürfte auf jeden Fall eine besondere Herausforderung darstellen.

Seitens der VOS waren fünf Betroffene anwesend. Ihre langjährigen Lebenswege bzw. Schicksale mündeten bei aller Unterschiedlichkeit in ein gleichgeschaltetes Ende: die Haft. So stand zunächst Kamerad Dieter Rother (Foto rechts, © ARK) im Fokus der Befragung. Er ist, geboren 1932, einer der Ältesten in dieser Gruppe, und seine Erfahrungen gehen in die Anfänge der kommunistischen Ära im Osten Deutschlands zurück. In seinen Beitrag für das vorgenannte Buch fließen auch die selbst gemachten Erfahrungen innerhalb der NS-Zeit mit ein. Interessant ist auch die Tatsache, dass Dieter Rother im oberschlesischen Hindenburg (heute Zabrze) geboren und zunächst aufgewachsen ist und ihn damit das Thema Vertreibung auf besondere Weise berührt.

Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges siedelte Rothers Familie dann nach Frankfurt (Oder) über, wo der jugendliche Dieter den Rückzug der Deutschen und den Ansturm der Roten Armee erlebte. Vieles von dem, was später auf Geheiß der Sowjets in der DDR als glorifizierter Akt der Befreiung propagiert wurde, hat der Zeitzeuge Rother als reale Verbrechen erlebt. Und so scheußlich er die Erlebnisse und Eindrücke empfand und empfindet, schreckt er doch davor zurück, sie – nach fast sieben Jahrzehnten – detailliert zu beschreiben. Immerhin, allein jene Schilderungen, die seinen spannenden Bericht füllen, lassen den Leser bzw. Zuhörer ungläubig innehalten. Denn die Zustände in der Haft, von denen hier schließlich berichtet wird, sind so schlimm, dass man sich zunächst die gleichgearteten Beschreibungen anderer ehemaliger Häftling – etwa Heinz Unruh – ins Gedächtnis rufen muss, um zu wissen, das hat es wirklich gegeben.

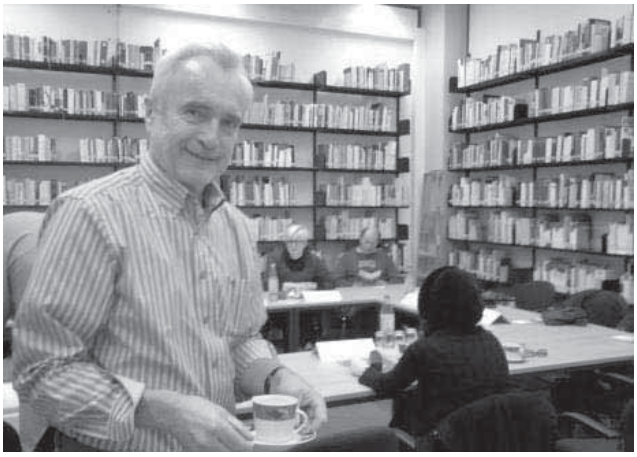
Dass Dieter Rother dann in Haft genommen wurde, macht ihn rückblickend ungeschmälert und unwiderruflich zum Helden. Mag sein, die Jugend und die im Kreis seiner Mitstreiter empfundene Verzweiflung ob der erdrückenden Diktatur ließen ihn, die mit den nächtlichen Aktionen verbundene unerhörte Gefahr damals nur verschwommen wahrnehmen, dennoch wissen wir heute, dass sich das Moskauer Regime – damals noch unter Stalin – und seine Ost-Berliner SED- Marionetten ohne ihn, seine verwegenen Freunde und viele andere, die ihren Mut nicht überlebten, gewiss noch hemmungsloser und dreister ausgebreitet hätte, als es nachher ohnehin geschah.

Dieter Rother und zwei seiner Freunde schlichen nachts, wenn das Laternenlicht erloschen war, durch die Stadt und schrieben Parolen zur Mahnung an Mauerwände. Auffällig dabei ein großes F, das den Wunsch der Menschen nach Freiheit versinnbildlichen sollte. Nach mehreren dieser Aktionen folgte die Festnahme. So wie wir das aus vielen anderen Berichten kennen, wurde er zu einer angeblichen Befragung abgeholt. Allerdings warteten im Hintergrund bereits die Sowjets. Nach der Aburteilung zu „nur“ zehn Jahren Haft wird er nach Bautzen in das Lager gebracht und kommt später nach Halle (Saale) in den Roten Ochsen.

Im Januar 1954 wird Dieter Rother entlassen, er setzt sich kurze Zeit später in die Bundesrepublik ab. Er hat vier Jahre in der Haft verbracht, und vermutlich wirkten sich Stalins Tod und der Volksaufstand von 1953 auf die vorzeitige Entlassung aus.

→ Seite 6 links oben

Was nach seiner Entlassung kommt, ist das, was viele Unbeteiligte auch für die späteren Jahrgänge nicht wahrhaben wollen: Ein altes oder noch gar nicht angefangenes Leben wurde durch die Haft zerstört, und nach dem Weggang in den Westen wird es schwer, ein neues aufzubauen. Dieter Rother, 22 Jahre, steht ohne Beruf, ohne Geld, ohne Angehörige und ohne Kenntnis der westlichen Verwaltungsabläufe da. Mit niemandem kann er über den psychischen Druck reden, den die Haft bei ihm ausgelöst hat und mit dem er auch die restliche Zeit seines Lebens klarkommen muss. Wenigstens erfährt er in der weiteren Ausbildung immer wieder wohlmeinende Hinweise, die ihn – mit großer Kraftanstrengung – endlich ein akzeptables Ziel im beruflichen Fortkommen erreichen lassen, er wird Berufsschullehrer.



Für das konferenzartige Seminar an jenem 16. Dezember war die Teilnahme von Dieter Rother ein wichtiger Faktor. Die Zeitzeugen aus dem Abschnitt der frühen kommunistischen Diktatur sind nur noch dünn gesät. Dabei werden gerade sie gebraucht, um die Schrecken der Anfangsära zu erklären. Einmal mehr muss den Menschen begreiflich gemacht werden, welches gefährliche Potenzial hinter den Ankündigungen von Wladimir Putin steckt. Wer Putin verharmlost, der verharmlost auch die Gräueltaten der Stalinisten.

Dies alles heißt nicht, dass die späteren Jahre, in denen die DDR Bestand hatte, für politisch Andersdenkende ungefährlich gewesen seien. Dies wusste beispielsweise Christoph Becke zu berichten, der – 1952 geboren – eine Biografie anderer Art hatte, der jedoch ebenfalls in der DDR in politische Haft geriet. Ihm spielte das Schicksal insofern sehr früh ganz übel mit, als er eigentlich in München das Licht der Welt erblickt hatte und seine Eltern mit ihm in die DDR übersiedelten. Wie man weiß, waren in den 1950er Jahren immer wieder Bundesbürger der Meinung, die DDR sei die bessere Gesellschaft, der entstehende Sozialistischen Staaten verwirkliche Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit. Man weiß, dass dieser Anspruch in der Theorie verkündet wurde, und man weiß, es war eine der Lügen, die irgendwann zum Ende dieser DDR führte.

Christoph Becke (Foto, Uni Bochum. © ARK) gelang es viele Jahre, sich gegen die ideologischen und gesellschaftlichen Zwänge der DDR zu wehren oder einfach unauffällig zu bleiben. Letztlich gewann jedoch die Überzeugung die Oberhand in seinen Anschauungen, dass es in der DDR nicht mehr auszuhalten war. Gemeinsam mit seiner Frau und dem Bruder plant er die Flucht von Ungarn nach Jugoslawien, um von dort in die Bundesrepublik zu gelangen. Doch die ungarischen Grenzposten sind im Abfangen von Flüchtlingen geübt, sie haben Christoph Becke und seine Begleiter schnell gefasst. Es geht auf dem „üblichen“ Weg und unter den „üblichen“ Bedingungen – Stasi-Begleitung, Handschellen – zurück in die DDR. Nach einem Vierteljahr U-Haft erfolgen die Verurteilung und der Abtransport in den Cottbuser Knast.

Christoph Beckes Beitrag im vorgenannten Buch wie auch seine mündlichen Schilderungen gehen weit über das eigene Persönlichkeitsbild hinaus. Immer wieder stellt dieser interessante Zeitzeuge den Bezug zu den DDR- Verhältnissen her, liefert er Erklärungen für die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung und für die Bereitschaft der Menschen, alles zurückzulassen, das Leben zu riskieren und in den Westen zu fliehen.

Wer in der DDR gelebt hat, wird manches wiederfinden, das bereits vergessen war. Wer dort nicht gelebt hat, dem zeichnet Christoph Becke hier ein ausführliches Bild einer Diktatur, die aus Angst um ihr eigenes Fortbestehen, immer mehr Druck und Gewalt gegen das eigene Volk ausübt.

Dies alles sind sehr positive Aspekte. Somit kann man Veranstaltungen und Projekte dieser Art, bei denen junge Menschen mit Zeitzeugen zusammengeführt werden nicht hoch genug einschätzen. Informationen und Beschreibungen, ob mündlich oder als Buchtext, sind ein Potenzial, aus dem man wegen der Authentizität am meisten lernen kann. *Tom Haltern*

Eiskalt in den Rücken geschossen

Chris Gueffroy verlor im Februar 1989 durch einen Todesschuss völlig sinnlos das Leben

Es ist bis heute unfassbar, dass es diesen Todesfall noch gab. Nachdem seit 1961 mindestens 1.000 Menschen an der innerdeutschen Grenze durch Schüsse, Minen oder Sprengkörper ihr Leben verloren, wurde auch der zwanzigjährige Chris Gueffroy durch mehrere Schüsse in den Rücken zum Opfer. Es war ein sinnloser Tod, denn der Flüchtende hatte bereits aufgegeben. Er verstarb, getroffen ins Herz, noch am Ort der Todesschüsse.

Die Schützen erhielten im Ergebnis eines juristischen Verwirrspiels milde bzw. gar keine Strafen. Die politisch Verantwortlichen – Honecker, Mielke, Stoph – zogen sich durch Krank- und Sturheit aus der Affäre. Die Verantwortung für diese unfassbare Tat – für alle die unfassbaren Taten – hat somit niemand übernommen. Es hätte freilich anders sein können, wenn die Bundesrepublik ein anderes als dieses täterfreundliche Rechtssystem angewandt hätte. So jedoch bleibt in den Geschichtsbüchern nicht nur die Schande des Todesschusses, sondern auch die Schande einer fehlenden Gerechtigkeit. Da ist die Stele, die am Ort des Todesschusses aufgestellt wurde, nur ein sehr kleiner Trost. *Valerie Bosse*

Jedem Geschädigten zur Seite stehen und unsere Rechte durchsetzen

Kamerad Detlef Chilla, der noch nicht allen VOS-Mitgliedern bekannt ist, kandidiert am 8. April 2017 bei der Vorstandswahl als neuer Bundesvorsitzender der VOS

Am Wochenende vom 8. bis 9. April findet in Friedrichroda die 31. Generalversammlung der VOS statt. Der Verband soll nach nunmehr zweieinhalb Jahren wieder einen regulären Bundesvorsitzeden bekommen. Bisher gibt es einen offiziell sich bewerbenden Kameraden. Dies ist Detlef Chilla aus Mecklenburg- Vorpommern.

Kamerad Chilla ist seit zwei Jahren Mitglied unseres Verbandes. Vorstand und Redakteur haben daher gebeten, dass er zum Kennenlernen für die Leserinnen und Leser der Fg ein kurzes Statement abgibt, das nachstehend veröffentlicht wird.

Nach meinem Freikauf durch die Bundesrepublik am 23. Januar 1985 bin ich weit in den Westen von Nordrhein Westfalen gezogen, um weit, weit weg vom Osten, der DDR, zu sein. Da ich nur 15 km von der holländischen Grenze wohnte, freute ich mich ein jedes Mal, wenn ich einfach so über die grüne Grenze ging. Es überkam mich ein Gefühl von Stolz und grenzenloser Freiheit, so dass meine Brust fast zu platzen drohte!

In den Jahrzehnten, die ich dort wohnte, arbeitete ich mit vielen Menschen, die in prekären Lebenssituationen waren, und ging in dieser Tätigkeit auf. Ich merkte kaum, dass die Mauer gefallen war. Nun bin ich nach drei Jahrzehnten, durch meine Jugendliebe in eines der Neuen Bundesländer gezogen und habe den Eindruck, viele Menschen haben den alten Mantel des Sozialismus' inzwischen gegen den Mantel einer der neuen möglichen Parteien getauscht und die Vergangenheit damit vergessen. Wenn ich mich mit den Menschen über die vergangene Zeit unterhalte, ist jeder ein Widerständler gewesen, und nur eine Minderheit war für den Sozialismus. Es gab nur Vereinzelte, die diese Gesellschaftsordnung wollten und dafür lebten. Die Stasi war ein eigener Staat im Staat; und der wurde nicht von der politischen Führung beauftragt und geleitet? Noch viel Aufklärung ist vonnöten, um auf die vielen Tragödien aus der DDR-Zeit hinzuweisen.

Täglich bin ich bestrebt, mein Nichtvergessen zum Ausdruck zu bringen. Der Sozialismus, wie er in der DDR praktiziert wurde, muss durch ein Gericht, wie den Internationalen Gerichtshof in Den Haag, eine Verurteilung bekommen, als UNRECHTSSTAAT, damit Diskussionen, ob eine Widergutmachung oder eine Opferrente und die Anrechnung der Haftzeit auf unsere Altersrente keine Fragen mehr sind.

Täglich sehe und erlebe ich, wenn ich mich oute, wie ich mich grundsätzlich erklären muss. Das tue ich, aber mit dem Hinweis, dass ein Sozialismus, der auch ein Faschismus hätte sein können, nie mehr Realität werden darf.

Seit 2014 bin ich nun Mitglied in der VOS und verbinde die Mitgliedschaft mit einem Auftrag. Jedem Einzelnen, der durch den Sozialismus geschädigt wurde, zur Seite zu stehen und die Rechte, unsere Rechte (!), durchzusetzen.

Mit kameradschaftlichem Gruß
Detlef Chilla

Persönliche Daten:
Detlef Chilla ist am 04. Mai 1960 in Bützow geboren, er wohnt in einer Umlandgemeinde von Rostock und arbeitet als Angestellter im Öffentlichen Dienst.
Er war inhaftiert von 06. 1981 – 09. 1982 wegen Paragraf 213 (ungesetzlicher Grenzübertritt) sowie von 01. 1984 – 01. 1985 wegen Paragraf 219 (ungesetzliche Verbindungsaufnahme).

Die VOS wünscht Detlef Chilla viele Stimmen bei der Wahl und Erfolg bei der Arbeit als Bundesvorsitzender.

Erwartungen

Bezirksgruppen und Einzelmitglieder machen sich Gedanken

Mit der Wahl eines neuen Bundesvorsitzenden verbinden die Mitglieder der VOS Erwartungen, die schon lange im Raum stehen und in der Fg seit Jahren angemahnt wurden. Leider sind von den vorigen Vorständen zu wenig Initiativen erfolgt. Vor allem auf dem Sektor „weitere Verbesserungen bei der Gewährung der Opferrente" hat sich zuletzt nichts mehr getan, es wurde auch kaum darüber gesprochen. Konkret geht es um

- Übertragbarkeit der Zuwendung im Todesfall auf den hinterbliebenen Ehepartner,
- Abschaffung der Halbjahresklausel und zumindest Gewährung eines Teilbetrages,
- Anpassung bzw. Erhöhung der Opferrente entweder im Drei- oder Fünfjahresabstand um 50 Euro oder Koppelung an die prozentuale jährliche Erhöhung der Altersrente.

Zur Erreichung dieser Ziele wird die Aufnahme erneuter Gespräche mit den Fraktionen der Parteien des Bundestages empfohlen, so wie dies bei der ersten Etappe des Kampfes um die Opferrente geschah. Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl sollte hierzu ein Beschluss möglichst während der Generalversammlung verbindlich gefasst und ein Arbeitskreis festgelegt werden.

Ein weiteres Thema, das der Bundesvorstand nicht aus den Augen verlieren darf, ist die stetige Rückläufigkeit der Mitgliederzahl. Sicher ist dieses Problem nicht so einfach lösbar. Aber es wäre ein Zeichen, wenn es endlich vom Bundesvorstand angesprochen würde.

B. Thonn

Als Sechzehnjähriger mit dem Pelzmützentransport nach Sibirien

Wolfgang Lehmann berichtet nach sieben Jahrzehnten noch einmal von Gräueln und Leiden, an die heute kaum jemand denken will

Vor 70 Jahren, am 31. Januar 1947, setzte sich in Frankfurt an der Oder ein langer Güterzug aus Viehwaggons in Bewegung, in dem hunderte Männer und Jugendliche eingepfercht waren. Darunter war auch ich, damals 16 Jahre. Die „Reisenden“ kamen aus den Sowjet-KZ Jamlitz und Ketschendorf. Dort hatte man sie nach einer „Untersuchung“, die darin bestand, dass ihnen ein sowjetischer Militärarzt kurz in eine Pobacke kniff, für diesen Transport ausgesucht.

Das Lager Ketschendorf, aus dem ich kam, war von den Sowjets Ende April 1945, vor Ende der Kampfhandlungen, in der Wohnsiedlung der Reifenwerke Fürstenwalde eingerichtet worden. Sie war Anfang der 1940er Jahre bezogen worden und war für etwa 500 Bewohner gedacht. Während der Höchstbelegung, Mitte 1946, befanden sich mehr als 10.000 Gefangene darin. Davon waren 315*, das entspricht etwa drei Prozent, für den Abtransport nach Sibirien ausgesucht worden. Bei einem Zwischenaufenthalt in Brest-Litowsk, an der polnisch-russischen Grenze, wurden davon nach einer medizinischen Nachuntersuchung 92 nach Deutschland zurückgeschickt, jedoch nicht entlassen, sondern in andere Sowjet-KZ, z. B. Buchenwald, eingeliefert.

In „meinem“ Viehwaggon gab es an den Stirnseiten in etwa 50 cm Höhe jeweils eine Bretterlage, auf denen Männer lagen. Da wir etwa 40 Personen im Waggon waren, hatten nicht alle Platz darauf. So saß ich auf dem Waggonboden an der Längswand, immer mit angezogenen Beinen. Wegen der Enge konnte ich die nicht ausstrecken.

In Ketschendorf hatten wir nach der Absonderung von den anderen Gefangenen Winterbekleidung erhalten, darunter eine Pelzmütze, wovon später der Name Pelzmützentransport abgeleitet wurde, und einen Luftwaffenmantel, der mir, bei einer Körpergröße von 1,62 m, viel zu lang war, mir aber jetzt gut tat, denn ich ihn wickelte mich darin wie in ein Schneckenhaus ein. Ich hatte dafür meinen dicken Stoffmantel hergeben müssen, den ich, zu meinem Glück, bei meiner Verhaftung am 24. Oktober 1945 in meinem Heimatort Großräschen mitgenommen hatte. Auf ihm hatte ich liegen können, denn in Ketschendorf gab es in dem Keller, in dem ich einziehen konnte, nachdem ich in der ersten Zeit auf der Betontreppe zum Keller schlafen musste, nur eine Bretterlage in etwa 1 m Höhe. Matratzen, Strohsäcke oder Bettzeug gab es nicht. Jungen, die im Sommer verhaftet worden waren und nur dünne Sommerkleidung trugen, bekamen bald durchgelegene Stellen an den Beckenknochen. Wenn es jemand wegen zu großer Schmerzen nicht mehr aushalten konnte, mussten sich alle umdrehen, denn wir lagen „gepackt wie Ölsardinen“ alle auf einer Seite, die Beine leicht angezogen.

Bald nach unserer Anfahrt fing man an nachzudenken, wo die Fahrt wohl enden könnte, denn gesagt hat man uns das nicht. Schon im Lager gab es immer wieder Gerüchte, die „Parolen“ genannt wurden. Jetzt wurde gemunkelt, wir würden zur Oderregulierung gebracht werden, worunter ich mir nichts vorstellen konnte. Als die Fahrt immer weiter ging, hieß es, wir kämen nach Ostpreußen, um dort im Frühjahr die Felder zu bestellen (nach deutscher Gründlichkeit musste ja Ordnung sein), denn wir wussten ja alle um die Vertreibung der dortigen Menschen durch die Sowjets und Polen.

An den Zwischenaufenthalt in Brest-Litowsk habe ich keinerlei Erinnerungen. Auf der Weiterfahrt durch die Sowjetunion gab es nur einen längeren Halt in Moskau, wo wir uns in einem Bad waschen konnten. Während der Zeit wurde unsere Kleidung entlaust, d. h. einer Heißluftbehandlung ausgesetzt, wodurch Ungeziefer abgetötet werden sollte. Bis zu unserer Ankunft in Sibirien am 7. März 1947* habe ich den Waggon nicht verlassen dürfen.

Außer den schon beschriebenen Bretterlagen gab es noch einen gusseisernen Ofen mit senkrechtem Rohr durch das Waggondach und einen offenen Blechbottich für die Notdurft, beide in Waggonmitte. Außerdem steckte in einer Außenwand eine hölzerne Rinne zum Pinkeln. Fenster gab es keine, aber durch das Loch der Pinkelrinne und durch Ritzen in den Wänden konnten wir Tag und Nacht erkennen.

In unregelmäßigen Abständen hielt der Zug, und wir bekamen zu essen und zu trinken. Ob es Suppe gab, weiß ich nicht mehr, denn wir hatten ja keine Gefäße, aber an Trockenbrot erinnere ich mich genau. Das waren ganz harte Brocken, die man nicht zerbeißen konnte, sondern im Mund aufweichen musste. Da hatte man lange etwas im Mund. Zum Trinken gab es Tee, aber nur ganz selten, wodurch der Durst immer schlimmer wurde. Wenn ich heute lese, man solle am Tag wenigstens zwei Liter Flüssigkeit trinken, dann ist es verwunderlich, dass wir die 35 Tage Fahrt überlebt haben, denn in dieser Zeit habe ich wohl keine 10 Liter trinken können. Einige fingen an, ihren Urin zu trinken. Schließlich leckten wir den Reif an den Wänden ab. Dafür wurde jedem vom Waggonältesten eine bestimmte Fläche zugeteilt. Schließlich bekamen wir sogar Salzheringe, die wir gierig verschlangen, aber den Durst verschlimmerten.

Unser Waggonältester hieß Peter Menzer, ein Mensch von adliger Haltung. Er war wohl Offizier in der Wehrmacht gewesen und sprach fließend Russisch. Wer Russisch sprach, hatte immer Vorteile, denn diese Leute bekamen irgendeinen Posten zu ihrem Vorteil. Peter war dann im Lager in Sibirien in der Buchhaltung, wie ich es nennen möchte, wo z. B. unsere Löhne berechnet wurden. → ***Seite 9***

Dann war da noch Benno Lange, wohl ebenfalls ein ehemaliger Wehrmachtsoffizier mit russischen Sprachkenntnissen. Aus unserem Ketschendorfer Jugendhaus kann ich mich nur an Adolf Lebküchler erinnern, der aus Lemberg stammte und ebenfalls fließend Russisch sprach. Ihn habe ich nach der friedlichen Revolution 1989 auf abenteuerliche Weise in Leipzig wiedergefunden. Ebenso fand Herbert Scherner (aus dem Lager Jamlitz) 2002 zu mir, der auf der ganzen Fahrt neben mir gesessen hatte, ohne daß wir unsere Namen kannten, dann aber bis zu seinem Tode 2011 freundschaftlich verbunden waren.

Als wir in Novosibirsk auf dem Bahnhof das Tuten der Lokomotiven hörten, die wie Schiffssirenen klangen, glaubten wir, im fernen Wladiwostok am Pazifik zu sein. Wir hatten ja keine Vorstellung von der unendlichen Weite dieses riesigen Landes.

Endlich wurden am 6. März* die Türen zum Aussteigen geöffnet. Ich fiel sofort vornüber in den Schnee, weil ich wegen des dauernden Sitzens so steif war, dass ich nicht stehen konnte. Sofort schaufelte ich wie wild Schnee in meinen Mund. Die sowjetischen Bewacher trieben uns jedoch hoch und schlugen sogar mit Gewehrkolben auf uns ein. Dies war allerdings zu unserem eigenen Nutzen, denn wir wären sonst an dem Schneewasser gestorben. Im Lager trank ich dann mehrere große Blechschüsseln mit Wasser leer.

Etwas mehr als drei Jahre sollte es dauern, bis wir, wieder in Viehwaggons, aber unverschlossen, die Heimreise nach Deutschland antreten durften. Am 1. Mai 1950 rollte der Zug über die Oderbrücke in Frankfurt. Es war für mich, mit nunmehr 21 Jahren, wie ein zweiter Lebensanfang nach meiner Geburt, ohne Lehre, ohne Schulabschluss und ohne Vater, denn der war seit Februar 1945 als Soldat vermisst und ist es bis heute geblieben.

Ein Nachsatz:
Den vorstehende Bericht habe ich – in meinem jetzigen Alter von 87 Jahren – aus der Erinnerung niedergeschrieben.

Zur Information:
1998 wurde von der Lagergemeinschaft Ketschendorf, die sich sofort nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Gewaltherrschaft gebildet hatte, das Buch „Die Straße die in den Tod führte“ herausgegeben. Bearbeitet wurde es auf wissenschaftlicher Grundlage von dem (nicht betroffenen) Historikerehepaar Jan und Renate Linpinski. Das Buch ist inzwischen längst vergriffen. Da in ihm das Schicksal der „Pelzmützen“ nicht behandelt ist, rief unser Kamerad Werner Teltow auf, unsere Erinnerungen niederzuschreiben. Dem sind 14 Kameraden gefolgt. Das von ihm bearbeitete Buch „Pelzmützentransport“ wurde 2002 ebenfalls von der Lagergemeinschaft Ketschendorf herausgegeben, auch dieses ist mittlerweile vergriffen. Die mit * gekennzeichneten Daten stammen daraus.

Die Skizze des „Reiseweges“ ist aus meinen Dokumentationen zu den Ketschendorf-Ausstellungen 2009 in Rimbach und 2011 in Heppenheim entnommen.

Die Aufnahme (Seite 8) wurde im Mai 1950 unmittelbar nach meiner Heimkehr vom Fotografen Willy Jockel in Großräschen gemacht.

Wolfgang Lehmann

Anm. d. Red.: Kamerad Lehmann hat seinen Schicksalsbericht auch mehrmals als Zeitzeugen- Veranstaltung an Schulen vorgetragen und dabei erfreuliche Resonanz gefunden. Der Fg-Redakteur dankt ihm für diesen wichtigen Bericht.

Ein armseliger, uneinsichtiger alter Mann, ein gnadenloser Kommunist

TV-Tipp

Mit einem beachtenswerten Dokumentationsfilm wartete am 2. Oktober der TV-Kulturkanal Arte auf, der in einer eineinhalbstündigen Sendung über das Leben und das Horror-Regime des Ministers für Staatssicherheit der DDR berichtete: Erich Mielke, der Mann, der Angst und Schrecken verbreitete und in der DDR gefürchtet war wie kein anderer. Gezeigt wurden Aufnahmen aus den Archiven des DFF und Auszüge aus den Akten, die man über Mielke gefunden hatte. Demnach entstammte Mielke einer armen Familie aus Berlin-Wedding. Früh wurde er Halbwaise und schloss sich als Jugendlicher den Kommunisten an. In diese Phase seines Lebens fällt nachweislich der Doppelmord an zwei Berliner Polizisten, worauf Mielke ins Exil in die UdSSR flüchtet. Mielke wird als wenig intelligent, dafür verschlagen, kompromisslos und bösartig dargestellt. Beizeiten hatte er gelernt, Menschen gegeneinander auszuspielen oder ans Messer zu liefern. In dem Beitrag wird er durch einen Schauspieler dargestellt. Ein armseliger, uneinsichtiger alter Mann, der nichts bereut und die Gutachterin um seine Freilassung anbettelt. Erkennbar ist aber auch, wie viel bessere Haftbedingungen dieser gnadenlose Kommunist hat als seine vielen Opfer, wie er höflich und teils respektvoll behandelt wird. Bezeichnend, dass ihn die deutsche Justiz schließlich nicht mal wegen seiner verbrecherischen Rolle in der DDR abzuurteilen vermochte, sondern dass man auf den sechs Jahrzehnte zurückliegenden Mordfall zurückgriff. Hat man in der Bundesrepublik vielleicht gar nicht begriffen, welche Schuld dieser Mielke in seiner Zeit als Stasi-Chef auf sich geladen hat? *B. Thonn*

Anm.: *Sendung ist abrufbar über die ARTE-Mediathek*

OSKAR BRÜSEWITZ: Dein Opfer sollte unser aller Erbe sein!

Im Schicksalsort Zeitz (Sachsen-Anhalt) bleibt die Art des Gedenkens an Brüsewitz weiterhin unklar

Am 29.11. 2016 besuchte ich mit einem Vereinskameraden dessen Geburtsstadt Zeitz. Mein Ausflugsziel bestand vorrangig im Besuch der Michaeliskirche, um den Ort von Oskar Brüsewitz' Selbstverbrennung zu besuchen und um dort zu gedenken.

Ich fand nach einiger Zeit eine schlichte Stele, auf die man kaum aufmerksam wird.

Einige Tage später wandte ich mich an den Oberbürgermeister der Stadt Zeitz und fragte warum es an diesem Ort keine Hinweisschilder / Informationstafeln gibt, die an Oskar Brüsewitz erinnern?

Der Oberbürgermeister der Stadt Zeitz überließ die Antwort der Leiterin des Fachbereiches Soziales Zeitz. Hier erfuhr ich, dass diese Thematik, die Stadt Zeitz schon geraume Zeit beschäftigt. So soll es gerade im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der Selbstverbrennung im Jahr 2016, dazu eine Verständigung zwischen Pfarrer Köppen von der Evangelischen Kirchengemeinde (EKM) und der Stadt Zeitz gegeben haben. Es gibt einen Textvorschlag von Pfarrer Köppen für eine Gedenktafel, die er mit der EKM abgestimmt hat.

Die EKM möchte aber keine Tafel oder ein Hinweisschild, sondern favorisiert eine Information auf der Kirchenapp.

Wenn es nun doch eine Tafel sein soll, müsste es eine Einigung zwischen Stadt und der Evangelischen Kirchengemeinde geben. Hinzu kommen noch die Fragen nach Standort und Finanzierung der Tafel. Zu einem abschließenden Ergebnis ist es aber leider noch nicht gekommen.

Das Fazit: Vierzig Jahre nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz streiten sich Kirche und Stadt und finden keinen Weg zum würdevollen Gedenken?

Andre Rohloff

Foto: Schulgebäude von Wischwill, das Oskar Brüsewitz besucht hat. Das Gebäude ist heute noch in gutem Zustand. © A.R-K

***Anm. d. Red.*:** Von den anderen inzwischen näher untersuchten Stationen des Oskar Brüsewitz, zu denen Melle, Hildesheim, Pirmasens, Weißenfels, Wittenberg, Leipzig, Markkleeberg und Weißensee (Thür.) gehören, findet sich lediglich in Markkleeberg eine Gedenktafel. Sehr lobenswert ist die Erinnerungskultur in Wischwill (Memelland/ Litauen), wo Brüsewitz aufgewachsen ist. Der dortige Leiter des Jugendheimes hat gemeinsam mit dem aus Wischwill stammenden Offizier von Knobloch eine kleine Dauerausstellung eingerichtet. Hans von Knobloch hat zudem in seiner umfassenden Wischwill-Chronik der Familie Brüsewitz ein Kapitel gewidmet. Diese enthält auch ein Foto der Schulklasse, in der Brüsewitz lernte. Die Chronik lieferte wiederum wesentliche Erkenntnisse für das kürzlich erschienene Buch „Der Fall Brüsewitz – Lebensstationen 1929 bis 1964" von Alexander Richter-Kariger, das auf 420 Seiten einen Oskar Brüsewitz vorstellt, wie ihn viele bis dahin nicht kannten und das sowohl seinen Weg wie auch die Zeit, in der er lebte, erklärt. In einem weiteren, noch nicht erschienenen Band wird dann auch das Wirken in Zeitz beschrieben.

Das ist ja Wahnsinn

Martin Schulz, die SPD Und die Kandidatur

Der Kurzkommentar

Die Werte der SPD haben sich durch den neuen Kanzlerkandidaten Martin Schulz nicht geändert. Die SPD redet schon seit Jahren von mehr Gerechtigkeit – und nichts ist gerechter geworden. Er ist nur der nächste linke Politiker mit brillanter Rhetorik, der die linksorientierte Masse mit Luftschlössern bestens versteht einzulullen. Er möge erst einmal konkret sagen, was er eigentlich ändern will. Eines hat er bereits gesagt, nämlich, dass Deutschland für die Schulden Italiens und Griechenland solidarisch mit haften soll.

Das ist ja Wahnsinn und zudem ein Aushebeln des Maastrichter Vertrages bzgl. der Regeln zum EURO als gemeinsam Währung. Und noch etwas fehlt bei Schulz. Er will, egal was es koste, an die Macht, und das geht nur mit Hilfe der Partei Die LINKE, die letztendlich den Weg zum Kommunismus noch einmal probieren will. Das sind Ziele, die wir ehemals vom Sozialismus/ Kommunismus Verfolgten nicht unterstützen können.

Christoph Becke

Der Antrag auf Denkmalschutz war offenbar erfolgreich

Presse und NDR erschienen zum Termin, aber kein Vertreter der Stadt Neubrandenburg

Am 17.06.2016 weilten Vertreter der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) in Neubrandenburg. Die VOS e.V. hatte einen Antrag auf Denkmalschutz der Überreste (Wachtürme, Mauer usw.) des MfS-Areals auf dem Neubrandenburger Lindenberg gestellt, nachdem ein gleichlautender Antrag eines Neubrandenburger Bürgers durch die Verwaltung im Vorfeld nicht bearbeitet wurde.

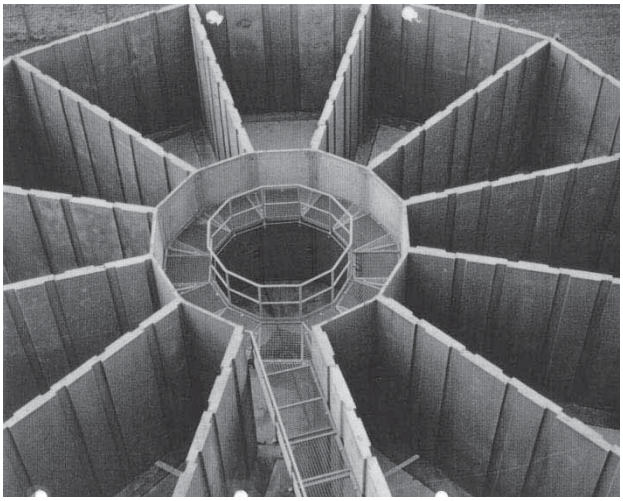
Die Stadt Neubrandenburg sagte ihre Teilnahme am 17. Juni 2016 zu und erklärte, dass die VOS durch einen Vertreter der Stadt zu dem geplanten Vorhaben auf dem ehemaligen MfS-Gelände auf dem Neubrandenburger Lindenberg informiert würde. Dazu gehörte die Information über den geplanten Denkmalschutz auf dem Gefängnis-Gelände des Ministeriums für Staatssicherheit.

Doch ein Vertreter der Stadt fehlte! Presse, (Nordkurier) und NDR waren hingegen anwesend. Eine offizielle schriftliche Erklärung oder Entschuldigung der Stadt Neubrandenburg für das Fernbleiben des angekündigten Vertreters gegenüber der VOS erfolgte bis heute nicht. Werden die Opfer der DDR-Diktatur durch die Stadt Neubrandenburg ignoriert? JA!

Politiker, Psychologen, Ärzte, Historiker, Zeitzeugen, Philosophen, u. a. können das Fundament einer konstruktiven Erinnerungs- und Gedächtniskultur bilden, denn nur durch die individuelle, gesellschaftliche Anerkennung und Würdigung der Opfer können diese aus ihrer Opferhaltung herausfinden.

Das negative Erbe, das niemand haben will, aber keiner ausschlagen darf und kann, ist ein untrennbarer Bestandteil der deutschen Geschichte und lässt den Wert einer demokratischen Gesellschaft erkennen.

Bis heute wurde die VOS offiziell und schriftlich nicht informiert, dass Wachtürme, Mauerreste usw. unter Denkmalschutz stehen. Dabei ist auf: http://neubrandenburg.de/ist zu lesen, dass die Kirschenallee 30 und die Neustrelitzer Straße 120 unter Denkmalschutz stehen. Warum informiert die Neubrandenburger Verwaltung, die Antragstellerin (VOS) nicht, dass dem Denkmalsschutzantrag stattgegeben wurde?



Ignoranz oder Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern des Stalinismus? *André Rohloff (Text leicht gekürzt)*

Auf den Fotos: Klagemauer-Motiv, Freihöfe („Freihoftorte“) © A. Rohloff

Ein großer Verlust für uns alle! Die Besten gehen immer zuerst

Persönliche Erinnerungen an den jüngst verstorbenen Hans-Jürgen Grasemann

In der letzten Fg-Ausgabe brachten wir einen Nachruf auf Hans-Jürgen Grasemann, den überraschend verstorbenen Staatsanwalt a. D., der seit Langem Sympathisant und Unterstützer der VOS gewesen ist. Auch unseren Kameraden Fritz Scharschmidt bewegt dessen Tod, so dass er den Leserinnen und Lesern nachträglich seine Erinnerung an den viel zu früh Verstorbenen mitteilen möchte.

Dr. Grasemann lernte ich persönlich am 15. 11. 2009 in Tutzing kennen, in der Politischen Akademie, wo er mich beeindruckte. In der Versammlung saß er neben mir, uns gegenüber Max Mannheimer und Redakteur Jürgen Maruhn.

Maruhn war selbst DDR- Flüchtling, leider zu früh verstorben, er war immer offen für Aufsätze, die das SED-Regime klar darstellten. So druckte er sofort den Aufsatz von Grasemann, aber auch später für uns betrogene Rentner die Klarstellung von Dr. Holdefleiß (IEDF) zum Rentenbetrug. Dr. Grasemann schickte mir per-Mail sporadisch immer wieder Artikel aus den Zeitungen, die seine Reisen und Reden in den Schulen etc. betrafen. Wir mailten oft hin und her. Auf rechtliche Anfragen, mögliche Ratschläge oder direkte Beratungen verzichtete er jedoch zumeist, denn als einstiger Staatsanwalt wollte und durfte er – wie ich vermute – sich hierzu nicht unbedingt äußern.

Nach seiner Pensionierung vor einigen Jahren schrieb er mir, dass er nun endlich mehr Zeit für seine Frau und seinen Garten hätte. Er wurde nur 70 Jahre, das schmerzt sehr und ist ein herber Verlust für uns alle. Die Besten gehen leider oft zuerst.

Wer die Anschrift des Verstorbenen kannte, kondolierte der Witwe. Auch ich schrieb einen langen Trauerbrief, denn Dr. Grasemann hatte mir und anderen Kameraden immer beigestanden und mit uns gegen das Vergessen angekämpft.

Fritz Scharschmidt

Das Zitat:
Alles was Du sagst, sollte wahr sein. Aber nicht alles was wahr ist, solltest Du auch sagen. Voltaire

Gesucht, gestrebt, gestrauchelt, gefallen. Aufgestanden und erstarkt.

Anlässlich seines 80. Geburtstages beschreibt Jörg Bilke seinen Weg in die Arme der Stasi

Am 10. Februar feierte unser Kamerad Jörg Bernhard Bilke seinen 80. Geburtstag. Nachdem die Fg in der vorigen Ausgabe vorab schon Glückwünsche geschickt hatte, veröffentlichen wir nun noch die Schilderung der Umstände, die Jörg Bilke in die Haft, es war das Zuchthaus Waldheim, geführt haben.

Ich bin 1937 in Berlin geboren und kam Ostern, im Alter von vier Wochen, nach Rodach bei Coburg, wo ich aufwuchs. Der Landkreis Coburg hatte bis 1920 zu Thüringen gehört und liegt seitdem im äußersten Norden Bayerns. Thüringen war 1945 Teil der russischen Besatzungszone in Deutschland geworden, Bayern gehörte zur amerikanischen. Rodach war seit 1945 auf drei Seiten von der russischen Besatzungszone umgeben, nur die Straße und die Eisenbahnverbindung nach Osten, nach Coburg, waren offen.

Ich war schon als Kind empfänglich für das, was „die Teilung Deutschlands“ genannt wurde. Ich streunte als Schüler des Coburger Gymnasiums Casimirianum (1947/55) durch die Wälder an der Grenze und sah die Dörfer in Thüringen zum Greifen nah vor mir liegen und doch unendlich weit entfernt. In den Sommerferien 1954/55 besuchte ich meinen Patenonkel Dr. Heinz Witzleb in Wasungen bei Meiningen, der dort Landarzt war. Seine beiden Söhne Heino und Wolf waren ein Jahr älter und ein Jahr jünger als ich. Heino hatte 1954 das Abitur bestanden, durfte aber nicht studieren, weil er aus einer bürgerlichen Familie kam. Er beging dann „Republikflucht“ und studierte in Westdeutschland. Wolf bekam einen Studienplatz, studierte Medizin und wurde Professor in Dresden. Nach dem Abitur Ostern 1958 studierte ich fünf Semester an der Freien Universität in Berlin Literaturwissenschaft, bevor ich im Herbst 1960 an die Universität Mainz wechselte. In Ostberlin ging ich als Student oft ins Theater und ins Kino, um DDR-Filme zu sehen. Jeden Samstag tauschte ich Westgeld 1: 4 in Ostgeld, um in Ostberliner Buchhandlungen Bücher zu kaufen. Im Oktober 1959 fuhr ich nach Leipzig, um meine Tante in der Oststraße 9 zu besuchen. Ich hatte zehn Wochen mit anderen Studenten ein germanisches Gräberfeld aus dem sechsten Jahrhundert ausgegraben und trug einen wilden Vollbart. Ich hatte auch während des Sommers 1959 vom Schicksal Erich Loests gehört, über den sein aus Leipzig vor drohender Verhaftung geflohener Freund Gerhard Zwerenz (1925-2015) in mehreren Zeitungen berichtet hatte. In vagen Umrissen wusste ich von der Gruppe um Wolfgang Harich, über den ich eine Titelgeschichte im SPIEGEL gelesen hatte. Jetzt im Oktober 1959, als ich 22 Jahre alt war, wollte ich mir in der DEUTSCHEN BÜCHEREI, wo meine Tante als Bibliothekarin arbeitete, drei Romane Erich Loests ausleihen, bekam sie aber nicht. Mir wurde erklärt, die Bücher Erich Loests dürften nicht ausgeliehen werden, es sei denn, ich brächte die Bescheinigung eines Professors bei, dass ich diese Bücher für wissenschaftliche Zwecke benötigte. Das erzählte ich meiner Tante, die meinte, ich könnte die drei Romane auch bei Annelies Loest, Erichs Frau, ausleihen, die wohnte nur zwei Häuser weiter in der Oststraße 5.

Mit meinem Besuch bei Annelies Loest (Erich war 1957 verhaftet und zu siebeneinhalb Jahre verurteilt worden) begann an einem verregneten Oktoberabend der Weg, der mich ins Zuchthaus Waldheim führte. Annelies Loest war, nach anfänglichem Misstrauen, freundlich, wir unterhielten uns eine halbe Stunde, dann gab sie mir die drei gewünschten Romane mit: „Jungen, die übrig blieben“, „Die Westmark fällt weiter“ und „Das Jahr der Prüfung“. Einige Tage später fuhr ich mit dem Zug über Magdeburg nach Helmstedt, wo mein Moped geparkt war, mit dem ich auf der Autobahn nach Westberlin zum vierten Semester fuhr. Im Dezember schickte ich die drei Romane von einem Ostberliner Postamt mit fingiertem Absender zurück.

Nach dem fünften Semester, meinem letzten in Berlin, fuhr ich im Sommer 1960 wieder zur Ausgrabung in Liebenau und setzte im November mein Studium an der Universität Mainz fort. Dort lernte ich in der Vorlesung Prof. Dr. Horst Rüdigers, der Vergleichende Literaturwissenschaft lehrte (ein Fach, das es damals nur in der französischen Besatzungszone gab) und Josef Heinzelmann (1936-2010) kennen, einen Mainzer, der bei Horst Rüdiger über „Bertolt Brecht und die Antike“ promovierte. Er brachte mich in die Redaktion der Studentenzeitung *nobis*, deren Chefredakteur er einmal gewesen war. Dort veröffentlichte ich im Juni/Juli 1961 unter meinem Namen und unter dem Pseudonym Marius Flamberg sieben DDR-kritische Artikel, die meinen Namen auf die Fahndungsliste der Staatssicherheit brachten. Mit Josef Heinzelmann fuhr ich auch am 8. Juli 1961 zu einem Treffen mit dem Leipziger Ordinarius Prof. Dr. Hans Mayer (1907-2001) ins Hotel „Savoy“ am Hauptbahnhof in Frankfurt am Main.

Während des Sommersemesters hatte ich auch Verbindung zu Gerhard Zwerenz aufgenommen und ihm von meiner Leipzig-Reise im Herbst 1959 geschrieben. Er lud mich sofort nach Köln ein, ich hatte ja gerade sein Buch „Ärgernisse“ gelesen, von dem ich begeistert war. Am 27. Juli fuhr ich mit Martin Hosemann (1934-2014), der aus Halle/Saale stammte und sein Studium in Mainz abgeschlossen hatte, mit dem Motorrad nach Köln, später kam noch Ilse Spittmann, die Chefredakteurin der in Köln erscheinenden Zeitschrift SBZ-ARCHIV, aus dem 1968 das DEUTSCHLANDARCHIV entstand, zu uns. Zum Abschied meinte Gerhard Zwerenz, der gerade für den STERN eine Serie über „die roten Kapitel der deutschen Geschichte“ schrieb, wenn ich im Herbst wieder nach Leipzig zur Buchmesse führe und Annelies Loest aufsuchte, sollte ich herzliche Grüße ausrichten, und wenn Erich entlassen wäre und dann in den Westen käme, könne er mit seiner Familie bei ihm wohnen, und er hätte auch einen Verlag für ihn: Kiepenheuer und Witsch.

Im Sommer 1961 arbeitete ich wieder, wie schon im März/April, als Werkstudent in der Hanauer Reifenfabrik DUNLOP, nahm am 12. August an einem Betriebsausflug teil und erfuhr am nächsten Morgen beim Schwimmen im Kahler See, in Berlin wäre eine Mauer gebaut worden. Jetzt wurde ich doch unsicher, ob ich nach Leipzig fahren sollte, aber ich wusste, dass Günter Zehm, der einstige Student und Lieblingsschüler Ernst Blochs (1885-1977), nach drei Jahren Zuchthaus in Waldheim entlassen und 1961 nach Westberlin geflohen war. Jetzt sollte er in Langen bei Frankfurt/Main wohnen und an der Universität seine Dissertation über Jean Paul Sartre (1905-1980) schreiben. Zweimal, am 4. und 5. September, fuhr ich von Hanau nach Langen, zweimal war Günter Zehm nicht erreichbar. → S. 13 oben

Am 6. September fuhr ich nach Leipzig. Jahre später hat er mir dann erzählt, er hätte mich „in Langen geknebelt und gefesselt“, damit ich nicht nach Leipzig führe.

Ich hatte mir für 10 Westmark bei der Industrie- und Handelskammer in Hanau einen Messeausweis besorgt, mit dem ich nach Leipzig fuhr. Auf der Autobahn fuhr ich mit meinem Motorrad Richtung Grenzübergang Herleshausen/Wartha, bei Alsfeld hielt ich an einer Tankstelle und versteckte 50 DDR-Mark im Scheinwerfer meines Motorrads, weil ich in Leipzig Bücher kaufen wollte. Auf der DDR-Seite der Grenze wurde mein Ausweis durch einen Schlitz in einen Raum geschoben, den man nicht einsehen konnte. Ich wurde unruhig, weil Leute, die nach mir gekommen waren, schon längst abgefertigt waren, während ich immer noch wartete. Schließlich bekam ich meinen Ausweis zurück, ich nehme an, dass ich von diesem Augenblick an observiert wurde. Bei meiner Leipziger Tante Inge Arnold konnte ich nicht übernachten, weil sie selbst Messegäste hatte, also fuhr ich zu anderen Verwandten im Kreis Grimma, was illegal war. Ich besuchte die Leipziger Buchmesse, ich war in der Oper am Karl-Marx-Platz und in der Franz-Mehring-Buchhandlung, wo ich nach Romanen Erich Loests fragte, die es nicht mehr gab.

Am 8. September besuchte ich Hans Mayer in der Tschaikowskistraße, wo ich zwei Stunden blieb. Er war gerade von der Komparatisten-Tagung in Utrecht zurückgekommen, wo er Horst Rüdiger getroffen hatte. Sie hatten auch über mich gesprochen und fanden es nicht opportun, dass ich jetzt, in dieser angespannten Lage, ein Semester in Leipzig bei Hans Mayer studieren wollte.

Den Besuch bei Annelies Loest hatte ich mir für den Vormittag des 9. September 1961, den Abreisetag zurück nach Liebenau zu den Ausgräbern, aufgehoben. Irgendwie scheute ich vor diesem Vorhaben zurück, weil ich ahnte, dass es illegal war. Ich parkte in der Oststraße und betrat das Haus, wo Erich Loests Frau wohnte. Als ich im ersten Stock klingelte, öffnete mir eine junge Frau im Nachthemd und erklärte mir, Annelies Loest wäre schon fortgegangen, da sie in einer Buchhandlung arbeite. Jahre später erzählte mir Erich Loest, das wäre eine ungarische Tänzerin gewesen, die zur Untermiete wohnte. Unten im Hausflur wischte die Hausmeistersfrau den Boden und verwies mich an Prof. Dr. Manfred Naumann, den Romanisten, der schräg gegenüber in der Oststraße wohnte, den ich aber nicht aufsuchte. Manfred Naumann war ein Schulfreund Erich Loests in Mittweida gewesen, hatte rasch Karriere gemacht und galt als führender DDR-Romanist. Ich habe vor drei Jahren sein Buch „Zwischenräume. Erinnerungen eines Romanisten“ (2012) gelesen und mit ihm korrespondiert.

Ich fuhr dann über den Ostplatz zurück in die Innenstadt. Dort am Ostplatz hatten 1959 vier Telefonzellen gestanden, weshalb ich versucht hatte, Ernst Bloch anzurufen und ihm meine Anerkennung für seinen Widerstand gegen das SED-Regime auszusprechen. Schließlich war er im Januar 1957 zwangsemeritiert worden und durfte die Universität nicht mehr betreten. Ich stand in der Telefonzelle, zögerte, hob den Hörer ab und hängte ihn wieder ein. Ich war 22 Jahre alt und hätte wissen müssen, dass Ernst Blochs Telefon wahrscheinlich abgehört wurde. Nach der Haftentlassung erfuhr ich, dass meine Mainzer Freunde, um mir zu helfen, auch Ernst Bloch in Tübingen angeschrieben hatten. Er hatte im Sommer 1961 in Bayern Urlaub gemacht und war, inzwischen 76 Jahre alt, nach dem Mauerbau am 13. August in Westdeutschland geblieben. Walter Jens hatte ihn nach Tübingen geholt, wo er eine Philosophieprofessur bekommen hatte. Jahrzehnte später schickte mir ein Berliner Freund die Kopie einer Postkarte, die Ernst Bloch an meine Mainzer Freunde 1961/62 geschrieben hatte. Diese Postkarte war für 700 Euro in die Vereinigten Staaten versteigert worden. Dort hatte Ernst Bloch den Mainzern erklärt, dass es schädlich wäre, wenn er sich als „Republikflüchtling“ für mich einsetzte. Ich habe mich nie bei ihm bedanken können! Als ich ihm 1972 als Rundfunkjournalist in der Frankfurter Universität gegenüber saß, wusste ich davon nichts.

Ich parkte mein Motorrad am 9. September 1961 auf dem Karl-Marx-Platz hinter dem Mendebrunnen, es war gegen 10.00 Uhr morgens, und ging zu Fuß in die Innenstadt, um einige Buchhandlungen aufzusuchen. Ich hatte von einem mir völlig unbekannten DDR-Lyriker gehört, Johannes Bobrowski (1917-1965) aus Tilsit in Ostpreußen, von dem ein Gedichtband „Sarmatische Zeit“ (1961) erscheinen sollte. Es müssen fünf bis sieben Buchhandlungen gewesen sein, ich weiß das nicht mehr, aber die mich beschattende „Staatssicherheit“ hatte das alles fein säuberlich aufgeschrieben. Der Lyrik-Band war aber noch nicht erschienen. Mit den Telefongesprächen, die ich von Bonn aus in den Jahren 1978/81 mit Erich Loest in Leipzig führte, war das ähnlich. Erich Loest und ich hatten 1978, als er in Bonn war, vereinbart, dass ich ihn alle vier bis sechs Wochen anriefe, damit er wisse, im Westen denke einer an ihn. Ich sollte meinen Namen nicht nennen, weil er meine Stimme kannte. Aber die Mithörer von der Staatssicherheit kannten meine Stimme auch und schrieben in ihre Kladden, Bilke hätte angerufen. In Erich Loests Buch „Die Stasi war mein Eckermann“ (1991) sind zwei dieser Gespräche verzeichnet.

Nach dem ergebnislosen Besuch in Leipziger Buchhandlungen ging ich durch die Universität und las einen Aushang am Schwarzen Brett über eine Pflichtvorlesung für Studenten aller Fachrichtungen und aller Studienjahre über die „humanitäre Funktion des antifaschistischen Schutzwalls“. Das fand ich erheiternd und schrieb es mir auf, nicht wissend, dass das schon wieder ein Delikt im Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11. Dezember 1957 war, nachdem ich dann verurteilt wurde: „Sammlung von Nachrichten“. Der Besuch bei Annelies Loest, der nicht stattgefunden hatte, wurde zum Delikt „Verleiten zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik“ (Abwerbung) erklärt. Dieses Strafrechtsergänzungsgesetz hatte für jede Lebensregung des Menschen einen eigenen Paragrafen. So galt die freie Meinungsäußerung als „staatsgefährdende“, später „staatsfeindliche Hetze“. Zu meinem MfS-Vernehmer 3/5 sagte ich einmal: „Sie bekämpfen nicht den Klassenfeind, sie bekämpfen den Menschen an sich!“

Als ich die Universität verlassen hatte, sah ich von ferne mein Motorrad stehen, aber dahinter war ein PKW geparkt, der vorher nicht dort gestanden hatte. Ich freute mich schon darauf, abends wieder in Liebenau bei den Ausgräbern zu sein. Als ich den Zündschlüssel ins Schloss schob, traten von hinten zwei Männer auf mich zu und erklärten mich für festgenommen. Von diesem Augenblick an verlief mein Leben in eine völlig andere Richtung!

Jörg Bernhard Bilke

Redakteur und VOS- Bundesvorstand gratulieren nachträglich zum Geburtstag, wünschen noch viele gesunde und glückliche Jahre und hoffen weiterhin auf gute Beiträge für die Freiheitsglocke.

Der immaterielle Überlebensversuch

oder

DIE VOS schreibt an DIE UNESCO

Die Idee war gut, die Aussichten waren von vornherein und sind es nach einer erteilten Abfuhr nicht.

Aber worum geht es konkret:

Noch im vorigen Jahr stellte der Fg-Redakteur per eMail einen formlosen Antrag an die UNESCO, demzufolge unsere VOS, unsere Freiheitsglocke und unser geleisteter Widerstand gegen die kommunistische Diktatur von 1945 bis 1989 in das *Immaterielle Weltkultur-Erbe der UNESCO* aufgenommen werden sollte. Immerhin haben es auch andere Verbände des deutschen Vereinswesens geschafft, für ihr Wirken bzw. ihr einstiges Dasein diese noble Art des „ewigen Überlebens" für sich zu festzumachen. Etwa das viel gerühmte deutsche Schützenwesen, über dessen Geschichte und heutige Bedeutung man sicherlich geteilter Meinung sein kann, das aber in der Tat aus Mangel an Zulauf am Dahinschwinden ist.

Leider ist es für unsere VOS (vorerst) bei dem Versuch einer „immateriellen Verewigung" geblieben, denn da der Antrag abgewiesen wurde, müssen wir auch den Versuch der Aufnahme in das Weltkulturerbe als misslungen ansehen.

In der Antwort des Beauftragten der Organisation heißt es: *Danke für Ihre Anfrage und die Darstellung Ihrer eindrucksvollen Tätigkeit. Es ist jedoch weder vorgesehen einen Verband noch eine Monatszeitschrift in eine der von der UNESCO oder ihren Mitgliedsstaaten im Rahmen der UNESCO-Arbeit erstellten Liste und Verzeichnisse des Kulturerbes aufzunehmen.*

Dass der (erste) Antrag nicht angenommen wurde, sollte uns allerdings nicht entmutigen. Auch wenn selbst in den eigenen Reihen für das Gelingen dieses Schrittes wenig Zuversicht besteht und Kamerad Ehrhard Göhl, der lange bei der UNO tätig war, hinsichtlich des Erfolges sehr skeptisch ist, wäre es sinnvoll nicht aufzugeben. Ein zweiter Anlauf sollte dennoch versucht werden, und dafür müsste die Unterstützung mehrerer Kameradinnen und Kameraden her, die sich der Formalitäten annehmen und auch mal den Politikern auf die Füße treten. Interessenten wenden sich bitte an die Bundesgeschäftsstelle der VOS. *T. Haltern*

Ein unberechenbarer Fremder, der nicht so wollte, wie die SED das verordnet hatte

Kamerad Xing-hu Kuo verkörperte ein Schicksal der besonderen Art. Er soll eine Gedenkfeier bekommen

Nachdem die Fg bereits einen Nachruf auf den kürzlich verstorbenen kurzzeitigen Redakteur und Buchverleger Kuo gebracht und sein Schicksal anlässlich der 750. Ausgabe mit einem ausführlichen Interview gewürdigt hat, unterstützt sie nun das Vorhaben, für den Indonesier mit chinesischer Abstammung eine Trauerfeier auszurichten.

Kamerad Xing-hu Kuo war am 17. Juli 2016 tot in seiner Wohnung in Berlin aufgefunden worden. Er starb im Alter von 78 Jahren. Zu diesem Zeitpunkt hatte er sich – vor allem wegen seiner Augenerkrankung, die ihm die Kommunikation zu anderen erheblich erschwerte – von seiner Umwelt zurückgezogen. Seinen Verlag hatte er bereits vor zehn Jahren abgemeldet. Kuo hatte bis dahin mehrere schwere persönliche Schicksalsschläge erlitten, wozu auch der Tod seiner Frau, Anita Tykve, zählte.

N a c h r u f

Der Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen trauert um sein langjähriges Mitglied Xing-Hu Kuo. Leider ist es dem Förderverein nicht gelungen, einen Kontakt zu den Angehörigen des Verstorbenen herzustellen.

Der in Djarkata geborene Kuo war als 25-jähriger aus der Bundesrepublik in die DDR übergesiedelt und hatte in Leipzig Journalistik studiert. Da er sich zum Sozialismus bekannte, entzog ihm die indonesische Regierung die Staatsbürgerschaft.

Er nahm die chinesische Staatsbürgerschaft an, wurde 1965 vom DDR- Staatssicherheitsdienst wegen angeblicher Fluchthilfe verhaftet und musste sechs Jahre in der berüchtigten Sonderhaftanstalt Bautzen II verbringen.

1972 wurde er, der sich schon vor seiner Verhaftung vom Sozialismus abgewandt hatte, von der Bundesregierung freigekauft. Kuo war lange Jahre für Springer-Medien tätig und schrieb mehrere Bücher, darunter die Autobiografie „Ein Chinese in Bautzen II".

Im Herbst 1992 erstritt er vor dem Landgericht Berlin seine Rehabilitation für die Stasi-Haft. Da er allerdings nicht nachweisen konnte, dass die SED das Verfahren direkt gesteuert habe, forderte die SED-Nachfolgepartei PDS Kuo zur Zahlung der Anwaltskosten in Höhe von knapp 11.000 DM auf. In den letzten Jahren lebte Kuo zurückgezogen in Berlin.

Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Mithilfe erbeten!

Für eine Gedenkfeier, die der Förderverein Gedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen eventuell plant, werden Verwandte, Freunde und Kameradinnen und Kameraden gesucht, die Kuos Weg begleitet haben und einer Einladung nachkommen würden. Hilfreich wäre ansonsten, den Termin der Gedenkfeier bzw. die Einladung weiterzugeben.

Die Gedenkfeier selbst könnte am 12. Mai 2017 in Berlin stattfinden. Kamerad Xing-hu Kuo ist an diesem Tag im Jahr 1938 geboren. Von einer Feier an der eigentlichen Leidensstätte in Bautzen wird aus Gründen der Entfernung abgesehen. Auch Erinnerungen und Fotos, die das Lebensbild des Verstorbenen noch einmal auffrischen, wären wichtig. Bitte alle Informationen an die Bundesgeschäftsstelle geben, von wo sie an den Förderverein weitergeleitet werden.

Kamerad Kuo war mehr als sieben Jahre in Bautzen in Haft. Er hat sich dort erhebliche gesundheitliche Schäden zugezogen und zugleich Jahre seines Lebens eingebüßt. Nach der Übersiedlung in die Bundesrepublik hat ihn das Thema kommunistische Diktatur vor allem beruflich beschäftigt. Dass er die deutsche Sprache tadellos beherrschte, kam ihm in seiner Arbeit als Journalist, Autor und Verleger zugute. Neben der Aufarbeitung der eigenen erlittenen Haft veröffentlichte er auch Betrachtungen zum System Nordkoreas. Nach dem Mauerfall stellte sein Verlag als einer der Ersten Bücher in der DDR vor. *H. Diederich*

Bestenliste der Unklarheiten?

Neubrandenburg und Doping

✉ Nachdem die jüngste Veranstaltung zum Doping in der BRD / DDR am 11.Oktober 2016 im Neubrandenburger Regionalmuseum stattfand und an den ersten Dissertationen zu diesem Thema in Mecklenburg-Vorpommern geschrieben wird, zeigt sich, dass es noch vieles aufzuarbeiten gibt, wobei die Verantwortlichen juristisch nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden können, aber die Opfer mit den gesundheitlichen Einschränkungen leben müssen und in der Beweispflicht sind, dass ihre gesundheitlichen Einschränkungen auf das DDR-Doping zurückzuführen sind. Wo und wie fand die Aufarbeitung bzw. Dokumentation der eigenen Vergangenheit auch bezüglich Doping, Medikamentenmissbrauch … in den Neubrandenburger Sportvereinen, im Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern bzw. auf Bundesebene statt?

Heute haben sich in M-V 80 Dopingopfer gemeldet, davon 15 aus Neubrandenburg. Im Neubrandenburger Sportgymnasium (Jahnsportforum) hängen im Jahr 2016 noch die sportlichen „Bestenlisten“ aus den 1980er Jahren aus. Diese „Bestleistungen“ wurden u. a. von Sportlern unter Medikamentenmissbrauch (Doping) erreicht, die des Vergehens überführt wurden.

Sollen sich daran die heutigen Talente orientieren, die ab der 5. Klasse das Sportgymnasium Neubrandenburg besuchen? Soll die heutige Generation nicht erfahren, dass einige dieser Athleten ihre sportlichen „Leistungen“ mit leistungssteigernden Substanzen erreichten? Warum hängen diese „Bestenleistungen“ unkommentiert aus? Warum passen die nationalen und internationalen Sportverbände ihre eigenen offiziellen Besten- und Rekordlisten nicht an? Der Betreiber des Jahnsportforums ist das Veranstaltungszentrum Neubrandenburg, dies ist ein Unternehmen der Stadt Neubrandenburg. Also schmückt sich die Stadt Neubrandenburg weiterhin mit diesen „zweifelhaften“ Rekord- und Bestenlisten des systematischen DDR-Dopings-Systems? *André Rohloff*

Der vorstehende Beitrag wurde aus Platzgründen gekürzt

Es ist immer noch keine Aufklärung erfolgt

Das Fehlen zur Gedenkfeier am 17. Juni 2016 in Neubrandenburg bleibt weiter unklar

Zu dem befremdlichen Verhalten der Stadt Neubrandenburg zu den Gedenkfeierlichkeiten am 17. Juni 2016 richtete Peter Heubach an die SPD-Fraktion der Stadt nachfolgende Anfrage.

✉ **L**iebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch bezüglich einer Anfrage meines VOS- Kameraden Andre Rohloff in Kenntnis setzen und bitte euch um Mitteilung zum Bearbeitungsstand der Anfrage zum Verhalten am 17. Juni 2016. Ich möchte dazu bemerken, dass es sich bei den Teilnehmern der Gedenkveranstaltung um Menschen handelt, die für ihren Freiheitswillen und den Einsatz für eine Demokratie ihre Gesundheit und die Inhaftierung riskiert haben. Viele haben lange Haftstrafen dafür verbüßt, damit wir heute in einer Demokratie und einem vereinten Deutschland in Frieden und Freiheit leben können. Diese Mutigen und die Öffnung der Mauer verhinderten das und auch, dass ich und meine Angehörigen keinen weiteren Repressionen durch die Organe der DDR (vor allem durch das MfS) ausgesetzt waren.

Hat man das bedacht?

Im Oktober 1992 erfolgte meine erste Akteneinsicht in der Außenstelle der BStU Suhl, nachdem ich 24 Jahre meine offenen Fragen zu meinem Schicksal unbeantwortet lassen musste. Dann wurden sie durch die des BStU beantwortet, und ich bekam Aufschluss.

Die Opfer haben es verdient, entsprechend gewürdigt zu werden. Vielleicht könnt ihr euch als SPD-Stadtratsfraktion Neubrandenburg, zu dem Vorfall am 17. Juni 2016 gegenüber der Stadtverwaltung Neubrandenburg im Presse-Organ der VOS dazu äußern.

Dazu teile ich Euch die eMail-Adresse der Redaktion der Freiheitsglocke mit. Ich möchte noch bemerken, dass ich bis zu meiner Rehabilitierung nach dem 2. SED-UnBerG/VwRehaG 1998, durch Iris Gleicke, Rolf Schwanitz und andere Politiker des Deutschen Bundestages umfassend unterstützt wurde. *Peter Heubach*

Im Auf und Ab des Lebens nicht aufgegeben

Rolf Wiese ist immer aktiv

Was wäre die VOS ohne Rolf Wiese? Ganz sicher wäre sie bedeutend ärmer und blasser. Da ist zunächst seine Haftzeit von mehr als vier Jahren, die er in den frühen Fünfzigern des vorigen Jahrhunderts verbüßte und die er sich für seinen aktiven Widerstand gegen das stalinistische Regime einhandelte. Damals sollte er sich mit den Jugendlichen seiner Berufsschulklasse „freiwillig“ zur neugegründeten Kasernierten Volkspolizei melden, was ihn auf das Unrecht der jungen Diktatur aufmerksam machte. Er verteilte Flugblätter, wurde gefasst und zu zehn Jahren abgeurteilt.

Nach der vorzeitigen Entlassung verschwand Rolf Wiese in die Bundesrepublik, wo er es jedoch nicht lange aushielt. Er, der immer agil und neugierig war, wanderte aus. Er ging in ein Land, von dem viele von uns auch heute keine rechte Vorstellung haben: Namibia.

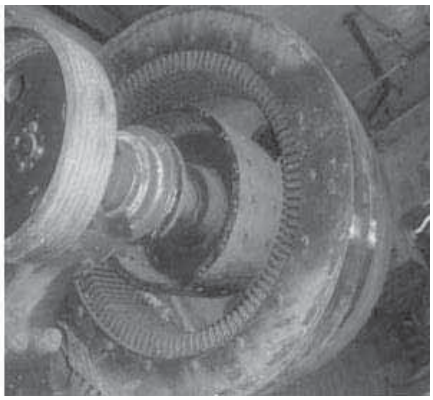
Die einstige Kolonie war gut geeignet, seine erlittenen Erfahrungen aus der Haft zu verdrängen, zudem lebte man dort billig und in vielem unkompliziert. Rolf Wiese fand eine Frau, heiratete, bekam Kinder. 1998 zog es ihn nach Deutschland zurück. Seitdem ist er VOS- Mitglied und führt ein neues Leben, das er mit dem Streben nach Aufarbeitung und Überwindung des Hafttraumas – das ihn wie viele andere ehemalige politische Häftling e ereilt hat – verbindet. In Leipzig versucht er in einer von ihm gegründeten Selbsthilfegruppe über die schweren Folgen, die ihn vor allem in nächtlichen Albträumen überfallen, zu reden. Oft genug geht er an die Öffentlichkeit, um über das schwindende Interesse an den Opfern der SED-Diktatur zu berichten und zu mehr Beachtung aufzufordern. Er verweist auf Statistiken und Einzelfälle, in denen die Leiden und Schicksale dokumentiert sind.

Wieses Einkommenssituation ist wegen fehlender Beitragsjahre ausgesprochen beklemmend. Dass er trotzdem nicht aufgibt, ist vorbildlich und nützt auch anderen. Wer also Interesse hat, bei Rolf Wiese mitzuarbeiten oder sich einfach mit ihm zu vernetzen, melde sich in der VOS-Geschäftsstelle. *V. Bosse*

Der Westen akzeptierte zu jener Zeit die kommunistischen Standpunkte, der Osten akzeptierte (wie üblich) gar nichts

Über das politische Versagen der SPD in den letzten Jahrzehnten aus Sicht eines Stasi-Opfers

Es begann am Abend des 3. November 2008, die Genossin Andrea Ypsilanti gab in Hessen den Startschuss zum Abstieg der SPD. Und auch jetzt befindet sich die SPD in der Krise, und das hat Ursachen. Frau Ypsilanti ist keine Ursache für die Krise der SPD, sondern nur eine Episode, die jedoch typisch ist und auf eine gewisse Zwangsläufigkeit im Werdegang der SPD hinweist.



Ich sage es mal frei heraus: Gerade die ostdeutschen Regimekritiker und politisch Verfolgten hatten mehr Kenntnis von bundesdeutscher Politik als etliche westdeutsche Wohlstandsbürger, die schon lange aufgehört hatten, selbständig zu denken. Wir aber verfolgten – getrieben von der Hoffnung auf Freiheit und Demokratie – lückenlos über die uns zugänglichen Medien, legal und illegal – die aktuelle Weltpolitik. Wir waren stets informiert, weil wir unermüdlich von der Hoffnung auf ein Ende der SED-Diktatur getrieben waren. Man kann das in etwa vergleichen mit jenen Leuten, die während der Nazi-Herrschaft heimlich die „Feindsender" hörten. Darauf stand in der DDR zwar keine Todesstrafe, aber unter Ulbrichts Herrschaft immer noch Gefängnis.

Somit entwickelten wir den besseren Durch- und Weitblick. Somit war vielen von uns schon in den 1970er Jahren klar, dass der Kurs der SPD in einem Fiasko enden musste. Der Grundstein dafür wurde gelegt, als das DUO Brandt/ Wehner die Führung der SPD übernahm. Damals wurde begonnen, den Charakter der SPD ganz langsam zu wandeln. Weg von einer sozialdemokratischen Partei, hin zu einer sozialistischen Partei. Es wurde immer mehr und mehr sozialistische Politik gemacht. Es wurden Ideen der Grünen übernommen und mit der Masse der SPD in die Tat umgesetzt. Den Normalverbraucher verwies man auf den Sozialstaat. Dieser Sozialstaat aber war ein Sozialstaat auf Pump. Besonders schmerzlich empfanden wir die sogenannte Neue Ostpolitik der SPD unter der Parole „Wandel durch Annäherung". Einen praktischen Nutzen für uns in der DDR hatte diese Entwicklung nicht, denn die Annäherung war einseitig.

„Uns wurde damals oft Angst und Bange, besonders als es um die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft ging."

Der Westen akzeptierte kommunistische Standpunkte, der Osten akzeptierte nichts. Trotzdem wurde diese Politik als Erfolg der neuen Ostpolitik verkauft.

Uns wurde damals oft Angst und Bange, besonders als es um die Anerkennung der DDR- Staatsbürgerschaft ging. Die SPD hätte mit den Grünen zusammen ohne Skrupel 17 Millionen Menschen völkerrechtlich einer Diktatur ausgeliefert. Vielen von uns war zu diesem Zeitpunkt bereits klar, dass die SPD irgendwann Schiffbruch erleiden musste, wenn die politische Blindheit ihrer Mandatsträger immer mehr zunahm. Dies erkannte Helmut Schmidt, er wollte es ändern, doch er konnte den Dammbruch nicht mehr aufhalten. Er wurde stattdessen von Wehner und Brandt demontiert.

Die Misere in der SPD war auch durch den Machtwechsel von 1982, der den Staat vor dem völligen Bankrott gerettet hatte, nicht abzuwenden. Der SPD war zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr zu helfen. Die SPD war, von der Masse der Mitglieder weitestgehend unbemerkt, eine sozialistische Partei geworden. Und „Sozialismus" steht für Unfähigkeit, was wir bis zum heutigen Tage voll bestätigt sehen.

Auch ein Gerhard Schröder konnte als Bundeskanzler erst durch den charakterlichen Wandel der SPD möglich werden, wobei auch er typisch für eine solche Entwicklung ist. Das uneingestandene Versagen Gerd Schröders in vielen Beziehungen führte zum weiteren Absturz der SPD.

Leider fehlte vielen Mitgliedern der SPD das, über das wir ehemaligen politischen Widerständler der DDR schon lange verfügten, nämlich hochgradige politische Sensibilität, die wir durch Erfahrung und einen kritischen Weitblick gewonnen haben. Uns hat der weitere Niedergang der SPD nicht überrascht, für uns ist er ganz einfach eine logische Folge, die wir schon lange erwartet haben.

Es muss als geschichtliche Tragödie der Arbeiterbewegung gewertet werden, wenn eine solche Traditionspartei zugrunde geht. An mahnenden Stimmen hat es indessen nicht gefehlt. Der SPD trauern wir nicht nach, aber Helmut Schmidt tut uns leid – und das aus ehrlichem Herzen.

Inzwischen wird es mehr und mehr deutlich, dass die heutige SPD keinen wirklichen Bezug mehr zu klassischer Sozialdemokratie hat. → *Seite 17 oben*

Die heutige SPD ist zu einer sozialistischen Organisation geworden, in der das intellektuelle Niveau auf der Vorstandsebene spürbar nachgelassen hat. Das wiederum hat zur Folge, dass die SPD kaum Persönlichkeiten mit Führungsqualität vorweisen kann, sondern sich nur noch auf Durchschnittsebene bewegt. Ihr fehlt ein Mann wie Helmut Schmidt, der im Alter von 97 Jahren verstorben ist. Ihm kann als besonderes Verdienst u. a. angerechnet werden, dass er mit seiner Zustimmung zum NATO- Doppelbeschluss entscheidend dazu beitrug, dass sich der damalige Warschauer Pakt aufgrund mangelnder Wirtschaftskraft militärisch zu Tode rüstete. Dies hatte den totalen Zusammenbruch des Sowjet-Imperiums zur Folge.

Während also der letzte Sozialdemokrat ehrlichen Herzens die Demokratie verteidigt hatte, ging die Jugendorganisation der SPD einen völlig entgegengesetzten Weg, der zur weiteren militärischen Schwächung Westeuropas führen wird. Gemeinsam mit den linksgrünen Sympathisanten protestierten die JUSOs damals lautstark gegen die Pershing-Raketen, aber niemals gegenrussischen SS 20.

Das Sowjetimperium besteht und bedroht uns – glücklicherweise – nicht mehr. Dafür aber ist mit dem islamistischen Terrorismus eine neue, brutale Gefahr, die ganz real ist, auf Westeuropa und ganz besonders auf Deutschland zugekommen. Hier nun könnte die SPD durch eine klare Haltung beweisen, dass sie Politik im Sinne des Volkes macht und durch Prävention zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger beiträgt.

Bernd Stichler
Bundesvorsitzender a.D. der Vereinigung d. Opfer d. Stalinismus

---

Die Fotos (© ARK) auf Seite 12 zeigen einen mittlerweile geräumten Standort der sowjetischen Atomraketen in der früheren Sowjetrepublik Litauen. Die Reichweite war auf Berlin ausgerichtet, hätte aber auch – z. B. bis Paris – erweitert werden können. Der Stützpunkt wurde bereits vor dem Zerfall der SU geräumt und auf russisches Kerngebiet umgelagert, weil man den Litauern misstraute und die USA mit Satelliten-Überwachung begannen.

Es geht um Fähigkeiten, nicht um Worte

Kann Martin Schulz womöglich eine Angela Merkel ersetzen?

In einer deutschen Wochenzeitung war in einer Februar-Ausgabe auf Seite zwei eine Karikatur von Martin Schulz zu sehen: Der neue SPD-Kandidat posierte mit erhobenen Armen vor einer unmittelbar über dem Horizont stehenden Sonne. Der Schatten, der sich vor Schulz über die Erde breitet, gleicht dem eines Riesen. Eigentlich bräuchte man die Bildunterschrift angesichts dieser Eindeutigkeit nicht mehr erwähnen: *Wenn die Sonne tief steht, werfen selbst Zwerge einen langen Schatten.*

Man muss nicht darüber diskutieren, ob und wie sehr eine solche Darstellung persönlichkeitsverletzend ist, denn im Vergleich zum heute üblichen Schmutzbewurf von Menschen der Öffentlichkeit ist diese Verunglimpfung milde. Zugleich ist klar festzustellen, dass die Frage nach den Fähigkeiten eines Martin Schulz dringlicher denn je ist. Noch dringlicher wäre freilich die Antwort. Und wiewohl die Frage von den wenigen Schulz- Skeptikern schon mal sachlich gestellt wird, hat bislang niemand eine erschöpfende Antwort bekommen. Schon gar nicht jener, an den wir sie richten wollen. Um es konkret zu sagen und letztlich in einem kurzen Satz zusammenzufassen: Könnte Martin Schulz eine Angela Merkel ersetzen? Und um – nun doch – ins Detail zu gehen: Wird er erstens die Stärke haben, Donald Trump gegenüberzustehen, ohne deutsche und europäische Positionen aufzugeben? Wird er zweitens mutig genug sein, Wladimir Putin und Tayyip Erdogan zu sagen, dass sie die Mehrheit der Deutschen für verantwortungslose Verbrecher halten? Wird er drittens Jaroslaw Kaczynski auffordern, den Weg in die nationalistische Diktatur zu verlassen? Und wird er viertens gegenüber Theresa May hart bleiben, wenn Großbritannien an den Folgen des Brexit zu leiden beginnt?

Auch vier Wochen nach Erklärung seiner Kanzler-Kandidatur hat Martin Schulz rein gar nichts gesagt oder gezeigt, was die Bürgerinnen und Bürgern, die in diesem Land noch klar denken können, positiv anspricht. Er kommt mit Worthülsen daher, deren Pulver seit Jahrzehnten verbrannt ist. Mag sein, dass er sympathisch ist und es mit den „kleinen Leuten", zu denen sich heute allerdings kein Bundesbürger mehr freiwillig rechnen möchte, gut meint. Und ganz sicher schafft er einen sichtbaren Kontrast zu Sigmar Gabriel. Aber passt ein solch wohlmeinender Mensch nicht eher in die Sesamstraße als in das harte Geschäft der globalen Politik?

Zu beachten ist indessen noch etwas völlig anderes. Sollte es Martin Schulz schaffen, die SPD gemeinsam mit Linken und B'90 / Die Grünen bei der Bundestagswahl im September zu über 50 % der Wählerstimmen zu führen, so könnte sich in Deutschland eine Katastrophe anbahnen, von der bestenfalls die DDR-Opfer eine Ahnung haben. Denn dann wird Die Linke in der Regierung vertreten sein, und das Gedankengut einer Sarah Wagenknecht wird die politische Linie des Landes mitbestimmen.

Martin Schulz hat bisher in der Bundespolitik keine aktive Rolle gespielt. Er ist in der SPD nie eine Größe gewesen. Es gab von ihm niemals ein Statement, das uns wirklich hat aufhorchen lassen. Und – dies soll keine böswillige Nachrede, sondern nur ein Fingerzeig auf die Realität sein – er hat bisher mit keinem Wort verraten, was er vorhat, um dieses Land, sollte es ihm unnötigerweise per Wahl überantwortet werden, stabil halten will. Sätze wie „Wir schaffen das" kennen wir bereits. Und die, die ihn sagte, Angela Merkel, hat letztlich sogar geschafft, was sie versprach. Bei aller Holprigkeit, bei allem (keineswegs unberechtigten) Widerspruch.

Wir wissen, dass sich Geschichte nicht wiederholt, zumindest nicht so wie Marx es behauptet. Was sich wiederholt, sind Situationen oder Konstellationen. Was man daraus gewinnen kann, sind Erfahrungen oder Lehren. Manchmal sind es auch simple Mahnungen. Eine sehr treffende hat uns unser Haftkamerad und Alt-Kanzler Konrad Adenauer mit auf den Weg gegeben. Sie besteht aus zwei Worten: „Keine Experimente!" Dies richtet sich in der heutigen Zeit gar nicht mal an Martin Schulz oder die SPD, sondern nur an die deutsche Wählerin und den Wähler. *ARK*

Der Parteiaustritt ist wie ein Paukenschlag!

Erika Steinbach hat die CDU nach 42 Jahren verlassen

Die hessische Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, 1943 im westpreußischen Rahmel als Tochter eines Wehrmachtssoldaten geboren, hat sich zweifellos als Vertriebenenpolitikerin hohe Verdienste erworben, vor und während ihrer Tätigkeit 1998 bis 2014 als Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen“ in Bonn.

Die hämischen Kommentare, verbunden mit offener Schadenfreude, in der nahezu „gleichgeschalteten“ Presse hierzulande werden ihrem politischen Wirken nicht gerecht! Wer ihr Interview über Angela Merkels leichtfertige und unüberlegte Flüchtlingspolitik in der „Welt am Sonntag“ vom 15. Januar unvoreingenommen gelesen hat, musste feststellen, dass sie gute Argumente für ihren Austritt angegeben hat. Vor allem warf sie der Bundeskanzlerin vor, Tausenden von „Flüchtlingen“ mit gefälschten Pässen die Einreise ermöglicht zu haben, ohne dass das, obwohl nach bundesdeutschen Gesetzen strafbar, aufgedeckt und geahndet worden wäre. Dass unter diesen „Flüchtlingen“ auch Dutzende von gewaltbereiten Terroristen waren und sind, hat der Fall des am 23. Dezember 2016 bei Mailand erschossenen Tunesiers Anis Amri eindringlich gezeigt.

Wir Deutschen, die hilfesuchenden Ausländern Schutz und Unterkunft gewähren, wissen im Jahr 2017 nicht, wer in friedlicher Absicht ins Land gekommen ist und wer mit Bomben und Schnellfeuergewehren Bluttaten gegen die Bevölkerung plant.

Weiterhin beklagte Erika Steinbach in ihrem Interview, dass es im Deutschen Bundestag „praktisch keine tatsächliche Opposition mehr“ gäbe, weil die Regierungsparteien auch die Grünen und die Linken auf Angela Merkels Kurs eingeschworen hätten, wobei Volker Kauder, der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, sich nur noch als „Vollzugsbeamter der Kanzlerin“ verstünde.

Das waren klare und bedenkenswerte Worte, die auch nicht dadurch abgewertet werden, dass man der „Dissidentin“, die ihr Mandat bis zur Bundestagswahl behalten möchte, Nähe zur Partei Alternative für Deutschland unterstellt und sie damit in die „rechte Ecke“ rückt.

Das freilich hat man schon 1991 behauptet, als sie im Bundestag, mit zwölf weiteren CDU/CSU-Abgeordneten, gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als deutscher Ostgrenze stimmte, weil sonst die Vertreibung von zwölf Millionen Deutschen nachträglich legitimiert würde.

Immerhin sieht sie in dieser nach wie vor unterschätzten Partei, deren Einzug in den Bundestag sie für möglich und wünschenswert hält, eine echte Alternative zur derzeitigen Politik.

Aber trotz aller Angriffe auf sie, nach dem Motto „Zum Abschuss freigegeben“ bleibt ihr großes Verdienst die Gründung in 2000 des „Zentrums gegen Vertreibungen“, das sie gemeinsam mit dem SPD-Politiker Dr. Peter Glotz (1939-2005) leitete, und 2009 der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ mit dem angeschlossenen Dokumentationszentrum „Sichtbare Spuren“. Wer nach 42 Jahren Mitgliedschaft aus seiner Partei austritt, muss gute Gründe haben, die sie jetzt öffentlich gemacht hat. Selbst die CSU-Führung pflichtete ihr jetzt bei und nannte den Austritt „absolut berechtigt“, zumal Ministerpräsident Horst Seehofer gegenüber Angela Merkel ähnlich argumentiert.

Die Diskussion um Erika Steinbach wird um sich greifen, da das, was sie zu sagen hat, nicht mit einer einfachen Handbewegung wegzuwischen ist!

Jörg Bernhard Bilke

Bernd-Bernhard Fabritius

Vorsitzender des BdV

(*FG/ INTERNET)* Derzeitiger Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen (BdV) ist Bernd-Bernhard Fabritius, der diese Funktion seit 2014 bekleidet. Fabritius wurde 1965 im rumänischen Agnetheln geboren und kam 1984 mit seinen Eltern nach Deutschland. Er gehört der CSU an, für die er seit 2013 im Bundestag vertreten ist. Er ist Bundesvorsitzender des Verbandes der Siebenbürger Sachsen und Präsident der Föderation der Siebenbürger Sachsen.

Die Vertreibung, der BdV

Kurz-Information

Der Bund der Vertriebenen wurde 1957 gegründet. Er existiert bis heute als Dachorganisation der einzelnen Landsmannschaften, in denen sich die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten vertriebenen Menschen organisierten, um ihre Herkunftsgebiete zu vertreten. Zugleich wurde der Bund in einer eigenen Struktur von Landesverbänden gegliedert. Die Vertreibung kam infolge der Abtrennung der deutschen Ost-Provinzen zustande. Obwohl große Gebiete an Polen fielen, war die damalige Sowjetunion unter Führung Stalins der eigentliche Nutznießer, da die Sowjetunion Teile Polens annektierte. Für das Regime in Moskau wie auch die Vasallen in den Satellitenstaaten blieb die Vertreibung immer ein Bestandteil des Kalten Krieges. Neben den zahlenmäßig stark besiedelten Provinzen Schlesien, Pommern oder Ostpreußen, gehören die Landsmannschaften der ebenfalls zahlenmäßig stark vertretenen Sudetendeutschen, die Siebenbürger Sachsen, die Balten-Deutschen, die Bessarabien-Deutschen, die Litauen-Deutschen u. a. zu diesem Bund.

Der Bund der Vertriebenen hatte seine große Zeit bis zur Annäherung der Bundesrepublik an die osteuropäischen Länder in den 1970er Jahre, insbesondere Polen. Bis dahin waren viele Vertriebene in den einzelnen Landsmannschaften organisiert, zumal einige von ihnen den Gedanken an eine Rücksiedlung nicht aufgegeben hatten.

Mit dieser Annäherung gingen die Anerkennung der neuen Ostgrenze (Oder-Neiße) und eine andere politische Argumentation der Bundesregierung einher. Die Landsmannschaft-Treffen fanden weiterhin statt, dienten jedoch eher der Tradition. Der große Rahmen verhalf vielfach, die Bewohner einzelner Ortschaften oder Landkreise zusammenzuführen, um Erinnerungen aufzufrischen.

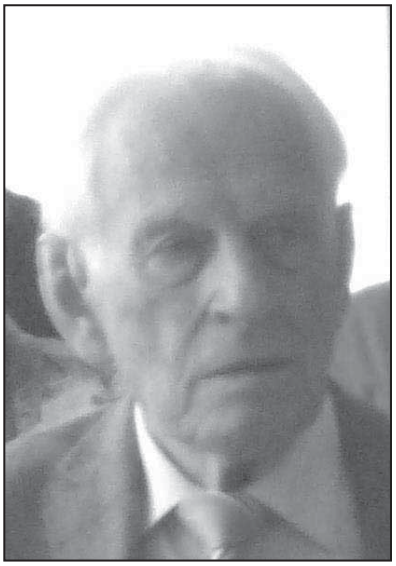
Mittlerweile sind die einstmals Vertriebenen in einem hohen Alter oder bereits verstorben. Die Nachfolgegenerationen haben sich in neue Verhältnisse integriert und setzen sich mit aktuellen politischen Herausforderungen auseinander. *Hugo Diederich*

Todesfälle

Kamerad Eberhard Zeibig

Am 12. Dezember 2016 verstarb in St. Märgen im Alter von 94 Jahren der langjährige Vorsitzende der Bezirksgruppe Freiburg Eberhard Zeibig.

Kamerad Zeibig war noch 2014 als Delegierter seiner Bezirksgruppe zur Generalversammlung nach Friedrichroda gekommen. Sein Einsatz und seine Kameradschaft innerhalb des Verbandes waren vorbildlich.



Nicht zuletzt deswegen war Eberhard Zeibig beliebt und geachtet. Aufgrund seines stolzen Alters hat er lange in der VOS mitgearbeitet und sowohl den Vorstand wie auch einzelne Mitglieder bei der Bewältigung der Probleme unterstützt. Nicht nur altersmäßig stand er in einer Reihe mit Richard Knöchel, Gerhard Beier und anderen.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Die Bezirksgruppe
Der VOS-Bundesvorstand

Kameradin Gundel Lampert

Anfang des Jahres 2017 verstarb im Alter von 66 Jahren nach schwerer Krankheit unsere Kameradin Gundel Lampert.

Kameradin Lampert hat viele Jahre im Vorstand der Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe mitgearbeitet. Mit ihrer freundlichen und hilfsbereiten Art war sie bei allen Kameradinnen und Kameraden sehr beliebt.

Wir werden sie sehr vermissen und trauern mit den Angehörigen.

Im Namen aller Kameradinnen und Kameraden der VOS Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe
Der Vorstand
Arno Selten
Der VOS-Bundesvorstand

VOS-Termine

Wahlversammlung Bezirksgruppe Detmold / Münster

Hauptversammlung unserer Bezirksgruppe. Fristgemäße Einberufung entsprechend § 16 Abs. 1 unserer Satzung. Sie findet statt:

Sonnabend, dem 25. Februar 2017, 11.30 Uhr, in Bielefeld.

Tagungsort ist das frühere Lokal „Sieker-Mitte“, jetzt „Alamanos“, Otto-Brenner-Str. 123, 33607 Bielefeld, Telefon 0521 / 27469.

Tagesordnung (Auszug):
Bericht des Bezirksgruppenvorstandes;
Wahl des neuen Vorstandes (§11 Abs. 2 der Satzung);
Wahl eines Delegierten und seines Stellvertreters (§ 9 der Satzung);
Beschlussfassung über Anträge an die Generalversammlung;
Verschiedenes.

Kam. Grüße, Bernd Pieper

Wir schaffen das!

Auf zur DEMO

Die nächste DEMO gegen Renten- und sonstiges Unrecht findet wie geplant und angekündigt am

21. März 2017, 14 Uhr in Berlin

statt. Interessenten sollten sich auch den Termin für die danach folgende Aktion notieren.
Dies ist der 20. Juni. Eine weitere Demonstration folgt zeitnah zur Bundestagswahl.

Unser Motto:

Wir schaffen das!

Anfang Juni sollten wir uns auch zusammensetzen, um das Finale vor der Bundestagswahl zu konzipieren. Der Vorschlag wäre: Fulda, Frankfurt, Kassel oder Köln.

Ich werde nächste Woche für die Sache noch einmal richtig trommeln ... oder pauken; auch presserelevant.

Die ARD-Sendung vom 18. Januar hat breite Kreise gezogen und – im doppelten Sinne – uns einen zweiten Frühling gebracht.
Ich wiederhole mich: Es geht nicht mehr um Filigranes, liebe Mitstreiter, gerade 2017 muss weiterhin HART und GROB gehobelt werden!
Ich werde die Aktion bei der Berliner Behörde anmelden, und zwar in 14 Tagen. Wir freuen uns, dass die VOS wieder den Lautsprecherwagen, der letzten Herbst eine tolle Tiefenschärfe brachte, besorgen kann. Übrigens: Kämen am 21. März nur 0,1 Prozent der Betroffenen, wären wir gut 300 Demonstranten. Akquise ist alles!

Dr. Wolfgang Mayer

Dies sei (nicht nur) am Rande bemerkt:

Im Februar beging der Dachverband UOKG sein 25-jähriges Bestehen. Die VOS ist der mitgliederstärkste Opferverband in der Vereinigung und mittlerweile wieder ein fester Bestandteil. Wir gratulieren allen Beteiligten (und somit auch uns).

Der Bundesvorstand

Wir trauern um

Rudi Tietz	**Bezirksgrupp Königs-Wusterhausen**
Erich Keppeler	**Bezirksgrupp Reichenbach-Vogtland**
Eberhard Zeibig	**Bezirksgrupp Freiburg**
Hans-Christian Braun	**Bezirksgrupp Berlin**
Dieter Kuban	**Bezirksgrupp Cottbus**
Horst Strußenberg	**Bezirksgrupp Franken Oberpfalz**
Günter Venus	**Bezirksgruppe Freiberg**
Gerhard Steindorf	**Bezirksgrupp Mannheim**
Günter Peterhänsel	**Bezirksgrupp Reichenbach-Vogtland**
Dr. Dietrich Hartwig	**Bezirksgrupp Karlsruhe**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Für die Aufnahme der Petition fehlen immer noch 5.000 Unterschriften

Peter Heubach setzt weiter alles daran, die akademischen Grade der Bewaffneten Organe der DDR zu tilgen

Liebe Kameradinnen und Kameraden, während der Mitgliedervollversammlung des Kreisverbandes der SPD Rostock am 14. Januar 2017 wurde ich in der Sache der Aberkennung der akademischen Grade des MfS wieder aktiv. Zu Gast war die SPD-Abgeordnete im europäischen Parlament, Iris Hoffmann.

1. Ich sprach mit ihr über unsere Schwierigkeiten mit diesen Abschlüssen, durch die zu DDR-Zeiten Tausenden von Menschen Schaden zugefügt worden ist. Jene Klausel des Einigungsvertrages, in dem diese Abschlüsse weiterhin anerkannt sind, muss im Europäischen Parlament angesprochen werden. Die Klausel ist mit den Prinzipien einer europäischen-demokratischen Grundordnung NICHT VEREINBAR.
2. Mein nächstes Anliegen, das ich an Iris Hoffmann richtete (ich meldete mich mit einem Redebeitrag), war meine Frage, wie die EU zu Putin, als ehemaligem KGB-Offizier stehen würde. Als Opfer des Stalinismus schilderte ich – ich hoffe, dies geschah mit eurer Zustimmung – meine Befürchtungen bezüglich des Machteinflusses des russischen Präsidenten Putin, indem dieser als ehemaliger Offizier des KGB den Zusammenbruch der Sowjetunion und den Verlust der damaligen Ostblockstaaten bis heute verkraftet hat und gerne die alten Strukturen in Europa wieder herstellen möchte. Ich verwies auf die amerikanischen Truppenverlagerungen an der östlichen EU-Außengrenze.
3. Mein öffentliche Dank in der FREIHEITSGLOCKE gilt denn Kreisvorstand der SPD meines Heimatkreisverband Sonneberg (Thür.), in dem alle Mitglieder des Kreisvorstandes, im Auftrag der Mitglieder des Kreisverband der SPD Sonneberg unsere gemeinsame Forderung der Aberkennung der akademischen Grade des MfS unterstützen. Diese unterschriebene Liste möchte ich Euch nicht vorenthalten.

Im Gegensatz dazu bekomme ich keine Hilfe und Unterstützung aus dem Kreisverband der SPD Rostock. Das ist sehr bedauerlich und nicht nachvollziehbar. **DESHALB NOCHMALS MEINE BITTE an Euch alle**: Wir benötigen für die erneute Aufnahme des Petitionsverfahrens **5.000 Unterschriften.** Bitte beachtet dabei, dass ehemalige Absolventen der Juristischen Hochschule des MfS, die uns geschadet haben, bis heute praktizieren und ihre erworbenen Grade führen dürfen. Das darf nicht sein! Dazu eine noch eine kurze Info: Nach meinem Gespräch am 10.Oktober 2016 mit MdB Frank Junge, der sich um die Ablehnungsgründe der Petition der akademischen Grade kümmern wollte, habe ich bis heute keine Information erhalten.

Euer Peter Heubach

Anm. d. Red.: Der Bundesvorstand der VOS spricht sich für die von Peter Heubach eingeleitete Initiative aus. Da Kamerad Heubach in engem Kontakt zur Beauftragten Iris Gleicke steht, sieht er trotz mancher Hürden das Vorhaben auf einem guten Weg.

M. Krüger,
R. Buchwald

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)
Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
G 20 666

„Freiheitsglocke", herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF
Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Redaktion und Satz: A. Richter-Kariger
redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Satzherstellung Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke" vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 773/ 774 erscheint Apr. 2017
Redaktionsschluss der FG 771/772 am 11. Febr. 2017